

DEUTSCHER BUNDESTAG
Ausschuss für Menschenrechte
und humanitäre Hilfe

11011 Berlin, 5. Dezember 2012
Platz der Republik 1
Tel.: (030) 22 7-3 35 50
Fax: (030) 22 7-3 60 51

**Bericht
über die Delegationsreise
des Ausschusses für Menschenrechte
und humanitäre Hilfe
nach Liberia und Côte d'Ivoire,
8. – 13. Juli 2012**

Inhaltsverzeichnis

I. Vorbemerkungen und zusammenfassende Wertung

II. Länderberichte

A. Liberia

1. Allgemeiner Sachstand
 - 1.1. Gespräche mit der GIZ zu Good Governance und zur Verkehrsplanung
2. Gespräche im Einzelnen
 - 2.1. UN-Mission in Liberia (UNMIL)
 - 2.2. Gespräche mit der Zivilgesellschaft
 - 2.2.1. JournalistInnen
 - 2.2.2. Frauenorganisationen und -vertreterinnen
 - 2.2.3. NGO-VertreterInnen
 - 2.3. Antikorruptionsorganisationen
 - 2.4. Welthungerhilfe (verbunden mit Besuch bei einem Landwirtschaftsprojekt)
3. Gespräche mit Regierung und Parlament
 - 3.1. Justizministerium, Wilkins Wright, Generalstaatsanwalt und Hilay Siekor-Sirleaf (Büroleiterin der Justizministerin)
 - 3.2. Außenministerium
 - 3.3. Parlaments-Vizepräsident
 - 3.4. Gesundheitsausschuss vertreten durch Senator Dr. Peter Coleman
 - 3.5. Präsidentin Liberias, Ellen Johnson Sirleaf
4. Besuch eines Gefängnisses (Monrovia Central Prison Halfway House) und des Probation Centre for Young Prisoners

B. Côte d'Ivoire

1. Allgemeiner Sachstand
 - 1.1. Briefing durch die GIZ zu deutschen Menschenrechtsprojekten
2. Gespräche im Einzelnen
 - 2.1. Zivilgesellschaft
 - 2.1.1. Menschenrechtsorganisationen
 - 2.1.2. Frauenorganisationen
 - 2.1.3. Gespräch mit Bischof Kutwa, Erzbischof von Abidjan, Georges Adon Monnet, Vertreter von Sant'Egidio und Venance Konan, Journalist
3. UN-Operation in Côte d'Ivoire (UNOCI)
4. Regierung und Opposition
 - 4.1. außenparlamentarische Opposition
 - 4.2. Minister für Menschenrechte, Mamadou Coulibaly, und Médiateur de la République, Tanoh Daoudo
 - 4.3. Vorstand der Nationalversammlung
 - 4.4. Premierminister und Justizminister, Maître Jeannot Kaouadio Ahoussou

IV. Fazit und Ausblick

V. Empfehlungen

VI. Dank

I. Vorbemerkungen und zusammenfassende Wertung

Mit Genehmigung des Präsidenten des Deutschen Bundestages reiste eine Delegation des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe in der Zeit vom 8. bis 13. Juli 2012 nach Liberia und Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste).

Mitglieder der Delegation waren:

Christoph Strässer, MdB, Obmann der SPD und Delegationsleiter,

Prof. Dr. Egon Jüttner, MdB, CDU/CSU,

Angelika Graf, MdB, SPD

Ullrich Meßmer, MdB, SPD,

Annette Groth, MdB, DIE LINKE.,

Kai Gehring, MdB, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

Stefanie Becker, Dolmetscherin,

Andrea Kerstges, Leiterin des Ausschussesekretariats.

Eines der Schwerpunktthemen des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Jahre 2012 sind die „UN-Friedensmissionen“. Für erfolgreiche UN-Friedensmissionen sind die Länder Liberia und Côte d'Ivoire beispielhaft. Ziel der Reise war es deshalb, sich in beiden Ländern mit dem Auftrag, der Durchführung und der Zukunftsperspektive der UN-Missionen zu befassen. Darüberhinaus wollten sich die Abgeordneten in beiden Ländern ein aktuelles Bild von der menschenrechtlichen Situation verschaffen und sich darüber informieren, inwieweit Deutschland und das deutsche Parlament Hilfe leisten können. In beiden Ländern - wenn auch auf unterschiedlichem Niveau: Liberia ist noch um Längen ärmer und hilfebedürftiger als Côte d'Ivoire - zog sich wie ein roter Faden durch alle Gespräche die mangelnde Bildung und Ausbildung vor allem junger Leute, der hohe Grad der Korruption vor allem auch bei staatlichen Stellen und das hohe Potential familiärer Gewalt, insbesondere gegen Frauen sowie die noch immer weitverbreitete Genitalverstümmelung von Mädchen.

In den Gesprächen mit den Vertretern der Vereinten Nationen (UNMIL und UNOCI) wurde sehr deutlich, dass die UN-Blauhelmsoldaten ein stabilisierender Faktor in den beiden Ländern sind und bei einem angestrebten graduellen Abbau der UN-Präsenz ein gewisser Unwissenheitsfaktor bestehen bleibt. Die Polizei- und Militärtruppen in beiden Ländern sind klein und schlecht ausgerüstet, für eine zahlenmäßige Aufstockung und bessere Ausrüstung fehlt allerdings das Geld.

In Liberia haben die Abgeordneten zudem ein Männergefängnis besucht, um sich ein Bild von den dortigen Zuständen zu verschaffen. Das Gefängnis Monrovia Central Prison zeigte beispielhaft die Situation auch anderer Gefängnisse in Liberia und in Côte d'Ivoire: Überbelegung, schlechte sanitäre und hygienische Verhältnisse, starke Verbreitung von Krankheiten wie Malaria, TBC und Krankheiten durch Mangelernährung, wenig Beschäftigungsmöglichkeiten für die Gefangenen. In beiden Ländern sind bis zu 80 Prozent der Gefangenen Untersuchungshäftlinge, die oft monate- bis jahrelang auf ihren Prozess warten müssen. Dank der Unterstützung durch das Internationale Rote Kreuz war es in dem besuchten Gefängnis in Liberia bereits gelungen, die Krankheitsrate herunterzudrücken, die Ernährung umzustellen, um die Mangelerscheinungen zu reduzieren. Ein guter Ansatz in Monrovia war zudem, Kleinkriminelle, die durch ihr Verhalten die Möglichkeit auf Besserung aufzeigten, auszuwählen und in ein sogenanntes „Bewährungsprogramm“ zu nehmen, um zum einen die Zahl der Häftlinge zu reduzieren und zum anderen den Betroffenen eine Chance für eine Ausbildung und Resozialisation zu geben. Im Anschluss an den Gefängnisbe-

sich schaute sich die Delegation ein Zentrum für die Rehabilitation/Bewährung solcher Gefangener an. Dieses Bewährungsprogramm gibt es erst seit etwa einem Jahr, so dass abgewartet werden muss, inwieweit es tatsächlich erfolgreich sein wird.

Vor allem in Liberia wurde deutlich, dass sämtliche Gesprächspartner - sowohl von Seiten der Zivilgesellschaft als auch von Regierung und Parlament, einschließlich der Präsidentin des Landes, große Erwartungen an Deutschland und Hoffnung auf Hilfe von dort legen. Es zeigte sich aber auch sehr klar, dass in beide Länder viel Geld und Zeit investiert werden müssen, um Verbesserungen erzielen zu können. Ohne ein jahrzehntelanges Engagement besteht kaum Aussicht auf Erfolg.

In beiden Ländern konnte die Delegation ferner feststellen, dass die Arbeit der GIZ sehr geschätzt wird und dass die deutschen Botschafter, Dr. Bodo Schaff in Liberia und Karl Prinz in Côte d'Ivoire, ein sehr hohes Ansehen genießen.

II. Länderberichte

A. Liberia

1. Allgemeiner Sachstand

1.1. Gespräche mit der GIZ zum Programm Good Governance und Verkehrsplanung

Die Delegation traf sich in Liberia mit Vertretern der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) zweimal zu offiziellen Gesprächen. Darüberhinaus waren Vertreter der GIZ bei verschiedenen anderen Terminen anwesend und moderierten sie zum Teil. Der GIZ-Vertreter informierte die Abgeordneten über die Rohstoffpolitik der Regierung, das Programm der Corporation Social Responsibility (CSR) und das Projekt zur Bekämpfung von Korruption und der Erstellung einer Datenbank (LEITI - Liberia Extractive Industries Transparency Initiative), in der die einzelnen Kooperationsverträge mit den rohstoffausbeutenden Firmen erfasst werden. Der GIZ-Vertreter erklärte, es gebe bilaterale Regionalprojekte, mit denen versucht werde, Rahmenbedingungen für eine bessere Rohstoffausbeutung zur nachhaltigen Entwicklung zu schaffen. Angestrebt würden Transparenz und lokale Entwicklungspläne. Durch eine Sektorstrategie werde versucht, lokalen Bedingungen gerecht zu werden. Von 18 Millionen US-Dollar, die bereitgestellt würden, seien drei Millionen US-Dollar bereits abgeflossen. Positiv zu bewerten sei, dass sowohl die Präsidentin als auch die Regierung des Landes sich sehr für Transparenz einsetzten. Dies sei zum Abbau und zur Vorbeugung von Korruption außerordentlich wichtig. In Liberia gebe es sehr viele Rohstoffe, die zum Wohle des Landes genutzt werden könnten, zudem könne die Agrarwirtschaft aufgebaut werden und die neu gefundenen Ölquellen könnten – bei richtiger Gewinnung und Nutzung - auch positiv zur Entwicklung des Landes beitragen.

Wichtig sei neben dem Aufbau der Verkehrsinfrastruktur, für deren Entwicklung es inzwischen so etwas wie einen „Masterplan“ gebe, (das BMZ unterstütze hier ein Projekt zur „Capacity Development“) auch der Aufbau eines Katasters, in dem Lizenzen und Konzessionen von Bergbauunternehmen registriert werden sollen. Ein solches werde beim Landwirtschaftsministerium angesiedelt. Die Landfrage sei noch immer sehr konfliktträchtig in Liberia, da viele Eigentumsverhältnisse ungeklärt seien. Der **GIZ-Vertreter** betonte, dass seine Institution Wert darauf lege, mit den lokalen Ge-

meinden zusammenzuarbeiten. Ein Problem sei aber auch, dass die Bergbaufirmen zwar bereits Geld zum Ausbau der „sozialen Verantwortung“ bereitgestellt hätten, die Gemeinden aber unfähig seien, dies sinnvoll zu investieren. Auch gebe es Differenzen zwischen den Gemeinden mit Rohstoffen und denen ohne Rohstoffvorkommen über die Verteilung der Gewinne aus der Rohstoffgewinnung. Derzeit sei es noch so, dass die Firmen zentral in einen Fonds einzahlten, und das Geld auch zentral verwaltet werde, es dem Anschein nach aber dezentral sei. Neben den Firmen, die mit offiziellen Lizenzen Rohstoffausbeutung betrieben, gebe es in den Kommunen auch die illegale Rohstoffausbeutung. Um dies zu ändern, müsse das Bergbaugesetz novelliert sowie die gesamte Bergbaustruktur reformiert werden. Beim Goldabbau gebe es zudem zahlreiche illegale Arbeiter aus den Nachbarländern von Liberia. Große Probleme im Bergbau seien - auch durch die illegalen Aktivitäten - der mangelnde Arbeits- und Umweltschutz sowie die Kinderarbeit. Gerade beim Goldabbau zum Beispiel seien die Arbeiter dem Quecksilber, das zur Goldgewinnung eingesetzt werde, schutzlos ausgesetzt und hätten eine Lebenserwartung von etwa 30 Jahren. Die ungeklärte Eigentumsfrage stelle ein weiteres großes Hindernis für die Entwicklung in Liberia dar. Dort, wo es tatsächlich Privateigentum gebe, sei es katastermäßig nicht erfasst. Für den Rohstoffbereich gelte, dass alles, was unter der Erde ist, dem Staat gehöre.

Bei den Arbeitsschutzrechten, so der GIZ-Vertreter, auf Nachfrage von **Abg. Meßmer**, sei es zwar so, dass zahlreiche ILO-Konventionen von der Regierung offiziell anerkannt würden, es aber kaum Gewerkschaften gebe, die sich für die tatsächliche Umsetzung und Einhaltung einsetzen könnten.

Auf die Nachfrage von **Abg. Graf** zur Frauenarbeit und zur Ausbildung insgesamt in Liberia erklärte der Botschafter, die meisten Frauen arbeiteten auf dem Feld, in den Städten häufig als Verkäuferinnen auf dem Markt. Die Bildungssituation, so **der GIZ-Vertreter**, sei insgesamt sehr schlecht. Eigentlich bestehe zwar eine Schulpflicht bis zur neunten Klasse, häufig würden die Kinder aber auch wochenlang aus der Schule genommen, um zu sogenannten Stammesschulen zu gehen oder um zu arbeiten. Insbesondere auf dem Land sei es sehr schwierig mit dem Schulbesuch der Kinder. Und selbst wenn sie zur Schule gingen, so sei die Schulbildung nicht vergleichbar mit internationalen Standards, da die Lehrer keine ausreichende Ausbildung hätten. Dasselbe gelte für die Juristenausbildung. Es gebe nur sehr wenig qualifizierte Juristen im Land und bei Gerichtsverfahren, nach denen sich der **Delegationsleiter** erkundigt hatte, sollte es überhaupt zu solchen kommen, könnten sich die Angeklagten auch freikaufen. In Liberia würden Menschen mit Geld und Macht nicht vor Gericht verurteilt.

Bei dem zweiten offiziellen Gespräch mit der GIZ wurden die Abgeordneten vor allem über die Verkehrsinfrastruktur informiert. Von den 10.000 Straßenkilometern in Liberia seien lediglich 700 Kilometer asphaltiert. Der Reconstruction Fund der Weltbank sehe 34 Millionen US-Dollar für den Straßenausbau vor. Der liberianische Etat sehe für das Jahr 2012 zum ersten Mal eine Trennung zwischen Straßenneubau und Instandhaltung vor. Dies sei außerordentlich wichtig, um insgesamt besser planen zu können. Die Planung der Infrastruktur sei Sache der Ministerien, die Counties vor Ort dürften nicht mitentscheiden. Ende Mai 2012 sei zum ersten Mal ein sogenannter „Masterplan“ für die Verkehrsinfrastruktur verabschiedet worden. Die GIZ übernehme eine beratende Funktion bei diesem Projekt. Wesentlicher Bestandteil sei auch die Qualifizierung einheimischer Fachkräfte. Derzeit müssten Straßen in Liberia schon nach zwei Regenzeiten erneuert werden. Dies sei auf Dauer zu teuer und man ver-

suche gegenzusteuern und bereits beim Neubau auf bessere Qualität zu achten. Die GIZ sehe ihre Aufgabe auch darin, Kontakte herzustellen zwischen deutschen kleinen und mittleren Unternehmen und liberianischen Firmen. Da Deutschland in diesem Bereich nicht allein tätig sei, so der GIZ-Vertreter auf Nachfrage von **Abg. Groth**, gebe es sogenannte „Geberrunden“ mit anderen engagierten Ländern. Die Regierung Liberias begrüße dies und setze sich auch für eine Koordination der Geber ein. Auf die Nachfrage von **Abg. Gehring** nach einem öffentlichen Personennahverkehr, erklärte der GIZ-Vertreter, es gebe lediglich kommerzielle Taxis und Motorräder, aber keinen staatlichen ÖPNV. Und auf dem Bahnstrecken gebe es lediglich Frachtverkehr, aber keine Personenzüge.

2. Gespräche im Einzelnen

2.1. UN-Mission in Liberia (UNMIL)

Im Mittelpunkt der Delegationsreise nach Liberia und Côte d'Ivoire stand die Arbeit der VN-Friedensmissionen in den beiden Ländern: UN-Mission in Liberia (UNMIL) und UN-Operation in Côte d'Ivoire (UNOCI). (Auf die UN-Mission in Côte d'Ivoire wird in diesem Bericht später eingegangen.)

Nach dem Rücktritt des Diktators Charles Taylor im August 2003 hat der UN-Sicherheitsrat im September 2003 beschlossen, eine Friedenstruppe mit bis zu 16.115 Mann nach Liberia zu entsenden. Das Mandat von UNMIL wurde im Laufe der Jahre regelmäßig verlängert und im Laufe der Zeit den Einsatz der Friedensmissionen durch Sanktionsregime (individuelle Sanktionen, Waffenembargo) ergänzt. Derzeit sind in Liberia etwa 9.000 Soldaten und Polizisten von UNMIL stationiert. In beiden Ländern befinden sich die UN-Missionen in einer Reduzierungsphase. Und in beiden Ländern sind die Missionen in einem „Post-Konflikt-Szenario“ und Teil eines Friedenskonsolidierungsprozesses. Das heißt, die Sicherheitslage ist zwar weiterhin fragil, es herrscht aber kein Krieg mehr. Mit sporadischen Auseinandersetzungen und Angriffen muss jedoch weiterhin gerechnet werden. Der letzte Vorfall ereignete sich an der Grenze zwischen Liberia und Côte d'Ivoire am 8. Juni 2012 bei dem sieben Blauhelme von UNOCI ums Leben gekommen sind. Da die Missionen in Nachbarländern sind, gibt es eine zunehmende Kooperation. So ist es unter anderem möglich, kurzfristig Kontingente und Ausstattung „auszuleihen“ sobald der Bedarf in einem der beiden Ländern akut wird. Die Bundesregierung unterstützt beide Missionen und befürwortet die progressive Reduzierung.

Personell ist Deutschland an UNMIL mit fünf Polizisten beteiligt, die jeweils für ein Jahr nach Liberia entsandt werden. Die **Abgeordneten** haben alle fünf derzeit in Liberia stationierten deutschen Polizisten bei dem Empfang des Botschafters getroffen und alle fünf bestätigten die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit des Einsatzes, regten jedoch an, dass den Polizisten bei individuellem Wunsch erlaubt sein sollte, ein weiteres Jahr im Land zu bleiben.

Bei dem Treffen im UNMIL-Hauptquartier waren sämtliche Leiter der verschiedenen UNMIL-Einheiten vertreten sowie Vertreter weiterer UN-Hilfsorganisationen wie UNHCR, OCHA und die für die verschiedenen Bereiche der nationalen Aussöhnung zuständigen Berater und Einsatzleiter. Begrüßt wurde die Delegation von dem Leiter der gesamt UNMIL-Mission, **Moustapha Soumaré**. Dieser zeigte sich außerordentlich erfreut über den Besuch und betonte die enge Kooperation mit Deutschland und insbesondere mit dem deutschen Botschafter vor Ort. Mit der UN-Mission sei ge-

währleistet, dass Liberia in Frieden leben könne. Es habe zahlreiche Veränderungen in der Verfassung des Landes gegeben und nun gelte es, diese friedlich umzusetzen und das Land langfristig zu stabilisieren. Um den Rückzug von UNMIL zu ermöglichen, sei es erforderlich, die Gesellschaft Liberias zu stärken und die Reform des Sicherheitssektors massiv zu unterstützen und voranzubringen.

Der für die regionale und grenzüberschreitende Kooperation zuständige **UNMIL-Vertreter** betonte, dass es wünschenswert sei, die Polizeikräfte in Liberia auf 8.000 aufzustocken, dies sei jedoch sowohl eine Frage des Geldes als auch der Ausbildung. Es werde nicht einfach sein, qualifizierte Polizisten zu bekommen. Um die Sicherheitslage in Liberia zu betrachten, müsse man auch auf die Nachbarländer Côte d'Ivoire, Sierra Leone und Guinea schauen. Keines der Länder in dieser Region könne allein für sich gesehen werden. Konflikte und Krisen in dem einen Land wirkten sich auch immer auf die anderen Länder aus. Hauptproblem sei die Schwäche der Gesetzgebung und die Durchsetzung der Gesetze.

Die Vertreter von **UNHCR und OCHA** gingen auf die Flüchtlingssituation und die humanitäre Situation in Liberia ein. Während der Unruhen nach den Wahlen in Côte d'Ivoire im Jahr 2011 seien 200.000 Flüchtlinge aus Côte d'Ivoire nach Liberia gekommen. Zum Teil seien sie inzwischen zurückgekehrt. Zudem gebe es noch immer interne Flüchtlinge von dem Bürgerkrieg in Liberia. Auch hier sei die Zahl zurückgegangen von etwa 120.000 auf 69.000. Neben diesen Flüchtlingen, die besonders in Not seien und Hilfe bedürften, gebe es aber ohnehin in Liberia eine große Anzahl von armen und verletzbaren Menschen, die Schutz und Unterstützung brauchten. 2011 seien aus dem Central Emergency Response Fund (CERF) für Liberia 5,6 Millionen US-Dollar bereitgestellt worden. Mit diesem Geld arbeiteten sechs UN-Agenturen: UNHCR, UNICEF, WHO, WFP, UNFT und FAO. Zudem habe es im Januar 2011 einen sogenannten „Flash Appeal“ gegeben für den sogenannten Notfallaktionshilfeplan (EHAP) mit einer Summe von 55 Millionen US-Dollar. Ende 2011 sei der EHAP zu 95 Prozent finanziert gewesen. Und im Februar 2012 habe es einen konsolidierten Appell (CAP) gegeben mit einer Gesamtsumme von 121 Millionen US-Dollar. Unterstützt werden sollen davon 120.000 Flüchtlinge, 2.000 Flüchtlinge aus einem dritten Land (Ausländer, die nach Liberia geflüchtet sind) und 140.000 verwundbare Liberianer in einem feindlichen Umfeld des Landes. Eine Aufgabe von UNHCR sei auch, die Flüchtlinge zu registrieren. Die ursprüngliche Summe von 121 Millionen US-Dollar sei inzwischen auf 99 US-Dollar reduziert worden. Ein Problem seien auch weiterhin die Flüchtlinge aus der Elfenbeinküste, da es noch immer nicht sicher genug sei, diese in ihre Heimat zurückzuschicken.

Vor allem die **UN-Vertreter**, die zuständig sind für den Friedensaufbau und die Friedensarchitektur sowie die Versöhnung betonten, dass das Hauptproblem des Versöhnungsprozesses darin liege, dass die Empfehlungen der Truth and Reconciliation Commission (TRC), die seit Ende 2009 vorlägen, endlich umgesetzt werden müssten. Bisher sähe man hier nicht sehr viele Erfolge. Positiv sei aber, dass der Bericht der TRC veröffentlicht worden sei und dass die Präsidentin Liberias inzwischen drei Folgeberichte zur Implementierung der Empfehlungen vorgelegt habe. Der letzte dieser Folgeberichte sei von Januar 2011. Positiv sei auch, dass es inzwischen eine sogenannte „Road Map“ gebe, die die Errichtung einer nationalen Versöhnungskommission vorsehe, die ein Mandat bis zum Jahre 2030 habe solle.

Abgesehen von der alles überdeckenden Problematik des Versöhnungsprozesses gebe es die beiden Hauptprobleme der schlecht bis gar nicht ausgebildeten Jugend-

lichen und der Landfrage. Es gebe zahlreiche ungeklärte Landbesitzfragen, die immer wieder zu Konflikten führen. Hinzu komme, dass es im gesamten Justizbereich an allem mangle, vor allem aber an ausgebildeten Rechtsanwälten und Richtern. Nur wenige Richter, Rechtsanwälte und sogenannte Magistrate hätten eine formelle professionelle Rechtsausbildung. Gerade was die Reform im Justizwesen angehe, könne UNMIL die Regierung lediglich beraten und unterstützend tätig sein. Hier brauche man den politischen Willen der liberianischen Führung, tatsächlich eine Reform durchzusetzen. Auch bei diesem Gespräch wurde noch einmal darauf hingewiesen, dass etwa 80 Prozent der Häftlinge in Liberia keinen Richter gesehen und nie ein Verfahren gehabt hätten. Insgesamt seien die Gefängnisse in Liberia bis zu 200 Prozent überbelegt.

Moustapha Soumaré betonte auf Nachfrage der Delegation, dass es trotz aller Widerigkeiten notwendig sei, die UN-Mission zu reduzieren. Es müsse ein klares Signal gegenüber der liberianischen Bevölkerung und der Regierung gegeben werden, dass diese UN-Mission nicht für immer im Lande bleiben könne. Eine wichtige Voraussetzung sei aber auch und vor allem der Aufbau einer besser ausgebildeten Polizei. Als Problem komme die völlig mangelhafte Ausstattung der nationalen Polizei hinzu.

Zum Gerichtswesen führten die UN-Vertreter aus, dass es in einigen Bereichen auch noch traditionelle Gesetze und ein traditionelles Gerichtssystem gebe, das auch angewandt werde. Wichtig sei es, mit der Regierung zu einer Übereinkunft zu kommen, was man im Bereich der Justizreform in den nächsten Jahren erreichen und wie man dabei vorgehen wolle. Um den Versöhnungsprozess insgesamt schneller und besser im Lande voranbringen zu können, brauche man einen stärkeren Willen der politischen Führung.

2.2. Gespräche mit der Zivilgesellschaft

2.2.1. JournalistInnen

Das Gespräch mit den drei Journalistinnen und drei Journalisten von Print- und audiovisuellen Medien stand unter dem Oberthema der Meinungs- und Pressefreiheit und die Rolle und Verantwortung der Medien. Einer von ihnen war der Präsident der Presseunion, **Peter Qua-qua**. Besonders eindrucksvoll bei diesem Gespräch war die Journalistin **Mae Azango**, die sich dem Thema der Genitalverstümmelung (FGM) gewidmet hatte und infolge dessen sofort bedroht wurde. Das Thema Genitalverstümmelung ist noch immer ein Tabu in Liberia und Beschneidungen an Mädchen werden trotz offizieller Bekundung von staatlichen Stellen weiterhin durchgeführt.

Neben diesem Thema widmen sich die Journalisten auch und vor allem dem Kampf gegen Korruption und Gewalt, die beide sehr weit verbreitet sind. Insbesondere die häusliche Gewalt gegen Frauen ist in dieser sehr patriarchalisch orientierten Gesellschaft noch immer weit verbreitet. Häufig seien die Frauen so eingeschüchtert, dass sie sich nicht wagten, gegen den eigenen Ehemann Anzeige zu erstatten. Die Männer verträten oft die Ansicht, dass die Frauen diesen Umgang gewöhnt seien und Prügel und Gewalt nichts Schlimmes seien. Ein weiterer Grund, warum die Frauen bei ihren prügelnden Ehemännern blieben, liege daran, dass sie Angst um das Sorgerecht für ihre Kinder hätten. Wenn sie den Mann verließen, würden sie somit auch die Kinder alleine lassen. (In Liberia bekommt bei einer Scheidung in der Regel der Vater das Sorgerecht zugesprochen.) Ferner seien sie meist finanziell abhängig von dem Ehemann. Langfristig sei es natürlich zudem ein Problem, dass die Kinder den prügelnden Vater erlebten und glaubten, dass dies normal sei und sich später eben-

so gegenüber ihren Ehefrauen verhielten. Auch **Qua-qua** betonte, die häusliche Gewalt sei ein großes Problem in Liberia. Hinzu kämen bewaffnete Raubüberfälle, gewalttätige Diebe, Gewalt in den Grenzregionen zur Elfenbeinküste und gewalttätige Ausschreitungen in Form von Lynchjustiz sowie Gewalt durch den Mob. Hier müsse in Liberia noch viel Aufklärungsarbeit geleistet werden und die Polizei müsse besser ausgebildet und ausgestattet werden.

Azango erklärte, dass sie aufgrund ihrer kritischen Berichterstattung über Gewalt gegen Frauen und über Genitalverstümmelung, mit denen sie Tabus berührt habe, Drohungen bekommen habe, so dass sie über einen Monat untertauchen musste. In dieser Zeit habe sie sich mit Hilfe von NGOs finanziert. Aber auch wenn solche Berichte gefährlich seien, sei der investigative Journalismus in Liberia nötig und sie werde damit weitermachen. Sie berichtete zudem über einen Fall einer Vergewaltigung eines jungen Mädchens, das bei der Polizei aussagen wollte und von der Polizei dann selbst ins Gefängnis gesteckt wurde und dort drei Tage bleiben musste. Ihr Artikel über diese Geschichte sei auf der ersten Seite ihrer Tageszeitung erschienen und zwar am Datum des Unabhängigkeitstages am 26. Juli. Zwei Tage später sei der Täter verhaftet worden. Man sehe also, dass mit mutiger Berichterstattung tatsächlich etwas bewirkt werden könne. Und auch die Berichte über Genitalverstümmelung zeigten zunehmend Wirkung und immer mehr Menschen kämen in ihre Büros und würden anfangen, gegen die Genitalverstümmelung zu kämpfen. Langfristig werde sich auf diese Art etwas bewegen in Liberia und eine neue Generation werde heranwachsen.

Sehr eindrucksvoll war auch die Schilderung eines jungen **TV-Redakteurs**, der mit Hilfe der Deutschen Welle im Rahmen eines Programms zum investigativen Journalismus einen Film über Kinderarbeit in den Goldminen produziert hat. Der junge Journalist, wies darauf hin, dass es zum einen nötig sei, dass die Kinder Geld verdienen, um die Familien durchzubringen, andererseits durch diese Kinderarbeit die Erwachsenen erst recht ihren Job verlören. Ein Kind bekäme etwa 2,50 US-Dollar pro Tag und würde somit noch stärker ausgebeutet als die Erwachsenen, die 10-15 US-Dollar pro Tag bekämen. In der Region, in der er gefilmt habe (Bossatown), gingen etwa 40 Prozent der Kinder gar nicht zur Schule. Einige von ihnen gingen auch zunächst in die Goldminen, um dort zu arbeiten, um anschließend dann in die Schule zu gehen.

Die **JournalistInnen** waren sich darin einig, dass im Gegensatz zur Vergangenheit man durchaus Presse- und Meinungsfreiheit in Liberia konstatieren könne und dass die Gesellschaft eine relativ freie sei. Es würde über kontroverse Themen berichtet und anschließend gebe es auch oft innerhalb der Gesellschaft eine Diskussion darüber. In der Vergangenheit sei es eher so gewesen, dass wenn bestimmte Themen angesprochen worden seien, plötzlich die Polizei im Büro stehen konnte und die Journalisten verhaftet wurden. Die Präsidentin des Landes unterstütze die Presse- und Meinungsfreiheit. Bei den Themen, über die frei berichtet werde, müsse auch differenziert werden zwischen denen, die für die Regierung von Interesse sind und solchen, die sich mit Angelegenheiten der Regierung befassen. Hier sei die Toleranz niedriger. Ein wichtiger Faktor, der bei der Berichterstattung und der Beurteilung der Pressefreiheit gesehen werden müsse, liege auch in dem noch sehr verbreiteten Analphabetentum in Liberia. Die Journalisten müssten sich bei ihren Berichten immer darüber im Klaren sein, dass sie eine große Verantwortung hätten, da gerade als Grund der mangelnden Bildung eines Großteiles der Bevölkerung, die Berichte große Wirkung haben könnten. Häufig würden die Berichte in den Printmedien später weiter

im Radio verbreitet. Dadurch werde eine große Zahl der Menschen erreicht. So seien insbesondere die Berichte über die Genitalverstümmelung an Mädchen über den Hörfunk weitverbreitet worden. Menschen, die von diesen Berichten erfuhren, hätten den Journalisten vorgeworfen, sie wollten Traditionen zerstören. Auch müsse der Wirtschaftsfaktor gesehen werden und es sei zwingend erforderlich, den Frauen, die die Beschneidungen vornehmen, eine alternative Geldquelle aufzuzeigen.

2.2.2. Frauenorganisationen und -vertreterinnen

Dem **Botschafter** war es gelungen, ein gemeinsames Abendessen zu arrangieren mit der Friedensnobelpreisträgerin **Leymah Gbowee**, der Frauen/Gleichstellungsministerin (Gender Minister) **Julia Duncan Cassell**, **Elisabeth Lwanga** von UNFEM, **Joanna Foster**, Anwältin im Bereich Menschenrechte und Spezialistin im Bereich Frauenfragen (Gender Specialist), **Sybille Fezer** (beide von Medica Mondiale) sowie **Isabel Crowley**, Vertreterin von UNICEF, und **Cllr Sagbe**, stellvertretender Staatsanwalt im Bereich der Crime Unit.

Für die Abgeordneten war besonders wichtig, dass die Friedensnobelpreisträgerin **Leymah Gbowee** bei dem Gespräch zugegen war. Diese betonte, dass sie aufgrund ihres sehr vollen Terminkalenders eigentlich keine weiteren Termine annehme, bei diesem jedoch unter anderem deshalb zugesagt habe, weil auch die Gender Ministerin anwesend sei. Die Gratulation der Delegation zum Friedensnobelpreis nehme sie sehr gerne entgegen, so **Gbowee**. Sie habe sich im Bereich der Friedensarbeit in Liberia engagiert, weil die existierende Friedensinitiative ihrer Auffassung nach unzureichend gewesen sei. Den Abgeordneten erläuterte sie kurz die Abläufe ihres Engagements in Kooperation mit den Vereinten Nationen und UNDP. Ihre Hauptaufgabe bestehe nun darin, mit dem Bericht der Wahrheits- und Versöhnungskommission zu arbeiten und daran mitzuwirken, dass die dort ausgesprochenen Empfehlungen umgesetzt würden. Neben der friedenssichernden Arbeit von UNMIL, die 2003 nach Beendigung des Bürgerkriegs ihre Arbeit aufgenommen habe, sei es auch notwendig, den Versöhnungsprozess innerhalb der Bevölkerung Liberias voranzubringen. Bisher habe ein Konzept hierfür gefehlt, sie habe jedoch zusammen mit UNDP, der Reconciliation Initiative und einigen Stellen der Regierung gemeinsam ein Konzept erarbeitet, eine sogenannte „Road map“, die noch im Juli dieses Jahres publik gemacht werden solle. Ziel sei es, sie einen Tag vor dem Nationalfeiertag zu veröffentlichen. Sie sei bereit, noch ein weiteres Jahr für die Versöhnungsarbeit bereit zu stehen und vor allem auch internationale Kontakte in diesem Zusammenhang zu pflegen und zu nutzen. Innerhalb des Landes müsse versucht werden, möglichst viele Kooperationspartner, vor allem auch auf Regierungsseite, zu finden, um die Versöhnungsarbeit voranzubringen. Sie selbst werde kein bezahltes Regierungsamt übernehmen und auch für ihre Arbeit kein Geld von der Regierung nehmen. Sie wolle unabhängig bleiben. Sie halte es zudem für wichtig, die Diaspora, also die ausgewanderten Liberianer für die Mitarbeit zu gewinnen. Eine große liberianische Diaspora gebe es in den USA und hier vor allem in Philadelphia und in New York. Für die Arbeit sei es zudem wichtig, das gesamte Land Liberia zu bereisen. Es reiche nicht aus, lediglich in Monrovia zu arbeiten, da dort die Situation völlig anders sei als auf dem Land. In einigen Teilen des Landes sei die ethnische Spaltung noch sehr groß und müsse überwunden werden. Das Gefühl einiger Menschen, außen vor gelassen zu werden, müsse ihnen genommen werden. Man müsse ihnen zeigen, dass sie respektiert werden, um so zur inneren Versöhnung beizutragen. Vor allem von den Diaspora Liberianern erhoffe sie sich auch finanzielle Unterstützung. Aber auch im

Land selber und bei internationalen Gremien werde sie versuchen, Finanzsponsoren zu finden. Sehr wichtig sei, dass das Strategiepapier/die Road map zur Versöhnung publik gemacht werde und allen Liberianern nahe gebracht werde. Nur so könne effektiv damit gearbeitet werden. Die Leute müssten wissen, was geplant sei und welches ihre Rechte und Pflichten seien. Ihre eigenen Einkommensquellen lege sie stets offen dar, um unangreifbar zu sein. Langfristig plane sie auch, an die „Tür der deutschen Regierung anzuklopfen“. Sie werde um Geld bitten für spezielle Projekte und Dinge, nicht aber, um am Anfang wieder anzufangen. Nach einem Jahr werde sie entscheiden, ob sie mit der Arbeit weitermachen werde. Neben der Versöhnungsarbeit befasse sie sich derzeit mit einer Fraueninitiative in Ghana und einer Stiftung in Liberia für junge Mädchen. Darüberhinaus habe sie mit einer Frauendelegation zur Wahlbeobachtung in Ghana kooperiert. Die Gender Ministerin, **Julia Duncan**, ergänzte, dass die Diaspora Liberias sich vor allem in den USA, Kanada und in Schweden befände. 2005 hätten etwa eine Million Liberianer außerhalb Liberias gelebt. Vor allem in den 80er Jahren seien sie emigriert, kämen nun aber zurück nach Liberia. Häufig unterstützten sie ihre Familienmitglieder, die im Lande geblieben seien und sehr viele Menschen in Liberia lebten von diesem Geld.

Zu der Frage des **Delegationsleiters** nach einer möglichen Bestrafung der Täter erklärte **Gbowee**, sie selbst sei gegen Straflosigkeit. Dies sei eine hochpolitische Frage und man müsse den Versöhnungsprozess in Liberia sehr vorsichtig betreiben. Noch immer hätten die ehemaligen Warlords sehr viel Macht und einige der Täter würden in ihren Heimatdörfern als Helden angesehen. Man brauche sehr viel Zeit, was man ja auch an der Entwicklung in Ruanda sehe, und müsse zunächst für eine gute Erziehung und Ausbildung der Bevölkerung sorgen, um dann zu entscheiden, wie man weiter vorgehen wolle. Wenn die Frage und das Streben nach Gerechtigkeit erneut in ein Flüchtlingslager führe, müsse man sehr vorsichtig vorgehen. Zudem müsse gesehen werden, dass sich Menschen verändern und positiv entwickeln könnten. Zu der Rückkehr der Diaspora-Liberianer erklärte die **Gender Ministerin**, dass viele von diesen Personen auch deshalb nicht zurückkommen wollten, weil sie sich entwurzelt fühlten und befürchteten, bei einer Heimkehr nicht akzeptiert zu werden. Auch bei dieser Problematik brauche man mehr Zeit, um langfristig erfolgreich zu sein. Wichtig sei, so **Gbowee**, dass Frieden und Aussöhnung immer auch Gerechtigkeit brauchten, auch wenn dies lange dauern könne. Hierzu brauche man ein stärkeres und besseres Justizsystem, auf das sich die Menschen verlassen und dem sie vertrauen könnten. Die **Gender Ministerin** betonte, aus ihrer Sicht sei es auch wesentlich für die Zukunft des Landes, sich der heute 14-36jährigen anzunehmen. Es sei eine verlorene Generation, die aufgrund des Krieges keine Schulbildung habe erfahren können. Diesen Menschen müsse geholfen werden, um ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Dies und der Aufbau weiterer Schulen und eines guten funktionierenden Schulsystems könne aber nur gelingen, wenn man Hilfe von außen bekomme, unter anderem auch von UNICEF. Um diese Menschen von der Straße zu holen und ihnen Alternativen anbieten zu können, brauche man Geduld, Zeit und Geld. Nur mithilfe von speziellen Programmen könne man dieser verlorenen Generation noch helfen. Ein Folgeproblem ergebe sich zudem, wenn Frauen dieser Generation selber Kinder bekämen. Auch hier sei es dann sehr schwierig, den Wert von Erziehung und Schulbildung weiterzugeben. **Gbowee** ergänzte, dass das neue Erziehungsgesetz eine kostenlose Basiserziehung vom ersten bis zum neunten Schuljahr vorsehe. Dies sei sehr wichtig, es fehle jedoch an guten Schulen und guten Lehrern. Auch würden viele Kinder anstatt in die Schule zu gehen ihre Eltern auf dem Feld oder bei anderen Arbeiten unterstützen. Und ein besonderes Problem gebe es bei

der Ausbildung der Mädchen, da diese häufig schon in jungen Jahren verheiratet würden und damit die Schulbildung zu Ende sei.

Um älteren Frauen noch die Möglichkeit für Bildung zu geben, habe man sehr viele sogenannte „Palaverhütten“ gebaut, die nichts mit den alten Palaverhütten zu tun hätten. Hier könnten die Frauen nun am Morgen lernen und sich abends wieder treffen, um das Sozialleben zu pflegen. Auf die Frage von **Abg.Meßmer**, ob es auch Frauen bei der Polizei gebe, erklärte die Anwältin **Joanna Foster**, dass die Unterbringung der Polizei sehr schlecht sei und es deshalb den Frauen nicht zumutbar sei, dort zu arbeiten. Viele Polizisten brächten ihren Schlafsack mit, da es keine vernünftigen Unterkünfte für sie gebe. Man könne es den Frauen aber nicht zumuten, in einem Zelt zu übernachten. Dennoch habe man ein Trainingsprogramm für Frauen initiiert. Für ihr Trainingsprogramm hätten sich 500 Frauen gemeldet, 25 davon hätten den Test bestanden. Nach der Ausbildung könnten sie Polizeibeamtinnen arbeiten. Die Vertreterin von UNICEF, **Isabel Crowley**, ergänzte, dasselbe Problem gebe es oft an den Schulen. Diese seien so heruntergekommen, dass sich Mädchen dort nicht sicher fühlten und schon deshalb auf den Schulbesuch verzichteten. UNICEF habe in Liberia zwei Programme, um sich speziell um die Mädchen zu kümmern. Hierbei gehe es vor allem darum, jungen Müttern und jungen Familien dabei zu helfen, zunächst selbst Schulbildung zu erhalten, um sie so zu befähigen, die eigenen Kindern überhaupt zu erziehen.

2.2.3. NGO Vertreterinnen und Vertreter

Ein weiteres Treffen der Abgeordneten mit der Zivilgesellschaft Liberias war auch schon deshalb interessant, da sowohl Vertreterinnen und Vertreter von NGOs als auch von staatlichen Organisationen und dem Justizministerium vertreten waren. Besonders hervorgehoben wurde bei diesem Gespräch die Situation von Frauen und Kindern, die Aufarbeitung der Verbrechen, die Menschenrechtserziehung und -bildung sowie Fragen der Korruption und damit verbunden die Frage von Transparenz und Verantwortung/Verantwortlichkeit für das eigene Handeln. Die Liberianerinnen und Liberianer waren sich darin einig, dass die Menschen zunächst über ihre Rechte Bescheid wissen müssten, um diese auch wahrnehmen zu können. Den Nationalen Aktionsplan für Menschenrechte gebe es in Liberia seit 2006. Die Umsetzung sei aber nicht so einfach, da in vielen Bereichen die Regierung die NGOs nicht unbedingt einbinden wolle. Vor allem die Frauen hätten inzwischen mehr Rechte und das Bewusstsein für Menschenrechtsverletzung insgesamt, insbesondere aber auch an Frauen und Kindern, sei gestiegen. Früher hätten die Frauen noch als Eigentum des Mannes gegolten, diese Perspektive habe sich aber geändert. Die 2010 von der staatlichen Menschenrechtskommission ausgesprochenen Empfehlungen würden nach und nach umgesetzt. Die NGOs bemühten sich, bei der Implementierung von Gesetzen und Empfehlungen mitzuwirken und weiterhin Druck auf die Regierung auszuüben. Bei der Empfehlung, die Todesstrafe abzuschaffen, werde man aber wohl nicht weiterkommen, so die NGOs, da die Regierung dies nicht wolle.

Es sei wichtig, einen Menschenrechtsaktionsplan zu entwickeln und diesen auch umzusetzen. Nicht zuletzt seien hier auch multinationale Konzerne gefragt, die verantwortlich dafür seien, dass die Menschen in einem menschenwürdigen Umfeld und zu menschenwürdigen Bedingungen arbeiten. Es gelte jedoch nicht nur, Menschenrechtsfragen voranzubringen, sondern auch die Infrastruktur und die Lebensbedingungen allgemein. Es gebe in weiten Teilen des Landes keine Elektrizität und keine Straßen. Dies müsse geändert werden, dazu brauche man aber auch die Hilfe der

Internationalen Staatengemeinschaft. In Liberia, so die NGO-Vertreterinnen und Vertreter gebe es sehr wohl bereits Meinungs- und Pressefreiheit, nicht immer könne aber davon Gebrauch gemacht werden. So seien Aktivitäten von NGOs auch aus Geldmangel eingeschränkt. Ebenso wie die Regierung benötigten auch die NGOs Unterstützung von außen, um die Menschenrechtsthemen voranzubringen. An die deutschen Abgeordneten appellierten sie, die liberianischen NGOs dabei zu unterstützen.

Zu dem Hinweis des **Delegationsleiters**, dass auch in Deutschland die menschenrechtlichen Standards und die Verantwortung internationaler und multinationaler Unternehmen diskutiert werde, kam es zu einer größeren Diskussion der NGOs untereinander. Strittig war die Frage, inwieweit nationale und lokale Interessen gleichwertig gewahrt werden müssten und ob die Gebühren, die die Regierung aus der Vergabe der Lizenzen an internationale Unternehmen für die Ausbeutung von Bodenschätzen erhält, in die jeweiligen Gemeinden, wo die Extraktion ist, fließen sollen, oder auch in andere arme Gemeinden, die selber keine Bodenschätze haben. Manchmal habe die lokale Bevölkerung enorme Erwartungen sowohl an die Regierung als auch an die Unternehmen, und bedenke dabei nicht, dass das Geld auch für andere Teile des Landes benötigt werde. Wichtig sei deshalb, dass es zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen der Regierung, den NGOs und den Kirchen komme. Der soziale Entwicklungsfonds, in den die Unternehmen, die im Bergbau tätig seien, einzahlten, müsse anders und gerechter verteilt werden. Die Ausbeutung der Bodenschätze müsse endlich auch dazu führen, dass die Menschen vor Ort davon profitierten. Hier sei auch ein stärkerer Einfluss des Arbeitsministeriums vonnöten. Man brauche einen „Global Compact“ und eine bessere Erziehung für die Menschen im Lande. Auch seien die nationalen Akteure auf staatlicher Ebene viel zu schwach und müssten sich viel stärker engagieren. Auf die Nachfrage von **Abg. Meßmer** nach der Stellung der Gewerkschaften, erklärten die NGO-Vertreter, die Gewerkschaften in Liberia seien sehr schwach und könnten kaum etwas ausrichten. Und selbst dort, wo Geld vorhanden sei, passiere nichts. So hätten in den letzten sechs Jahren die Gemeinden nicht von der Ausbeutung der Rohstoffe profitiert. Die lokalen staatlichen Akteure müssten besser und mehr mit der Regierung in Monrovia und den internationalen Unternehmen verhandeln. Und bei der Frage der Rückflüsse von Geldern von der Regierung aus Monrovia in die Kommunen müsse auch die Frage der Korruption erörtert werden. Missmanagement und Korruption seien ein großes Problem.

Auf die Nachfrage von **Abg. Gehring** zu den einzelnen Punkten eines nationalen Menschenrechtsplans, den die NGOs gefordert hätten, erklärten diese, Frauen- und Kinderrechte stünden ganz oben auf der Agenda. So gelte es, die Verheiratung von Kindern zu beenden und die Genitalverstümmelung abzuschaffen. Dies seien aber auch beides Themen, die die Menschenrechtskommission auf ihrer Agenda habe. Es gebe NGOs, die sich speziell des Themas Genitalverstümmelung annähmen und hierzu Workshops durchführten, um das Bewusstsein möglichst vieler Menschen zu schärfen. Inzwischen gebe es eine starke Diskussion in Liberia zu dieser Thematik. Wenn es um Kinderrechte gehe, gelte es noch viel stärker die Erwachsenen zu erziehen und ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass auch Kinder eigene Menschenrechte haben. Ein weiterer Problembereich seien der Menschen- und insbesondere der Frauenhandel. Viele Frauen endeten in Dubai, wo sie entweder als Sexsklaven und/oder als Arbeitssklaven missbraucht würden. Viele der Betroffenen seien unerfahrene junge Mädchen, die keine Bildung und kaum Lebenserfahrung hätten.

Ein anders großes Problem, so der **Vertreter vom National Center for Excellence and Creativity (NCEC)**, seien die völlig überfüllten Gefängnisse. Die Menschen seien oft inhaftiert, ohne zu wissen warum und ohne einem Richter vorgeführt worden zu sein. Selbst die Gefängnisdirektoren wüssten oft nicht, warum die Gefangenen eingeliefert wurden. Und der **Vertreter der International Human Rights Commission (INHCR)** betonte, dass viele Menschen zu seiner Organisation nicht kämen, da sie glaubten, es handele sich um eine Regierungsinstitution. Insgesamt müsse gesehen werden, dass die liberianische Gesellschaft sehr aufgespalten und divers sei.

2.3. Antikorruptionsorganisationen

Die Diskussion zum Thema Korruption, Transparenz und Rechenschaftslegung fand im Rahmen eines Mittagessens statt. Neben der Delegation, dem Botschafter und der GIZ nahmen Vertreter folgender Organisationen teil: General Auditing Commission (**GAC**), Liberia Extractive Industries Transparency Initiative (**LEITI**) und Center for Transparency and Accountability in Liberia (**CENTAL**). Auf die Problematik der Korruption wurden die Abgeordneten eingestimmt durch die Vorführung eines Theaterstücks durch eine Jugendtheatergruppe aus Monrovia.

Alle liberianischen Gesprächsteilnehmer betonten, dass das gesamte Gesellschaftssystem von Korruption durchzogen sei und im Zusammenhang stehe mit der schlechten bis gar nicht vorhandenen Ausbildung und Erziehung der Gesellschaft, der ungeheuren Armut, in der die meisten Menschen lebten, dem mangelnden politischen Willen, etwas zu verändern und dem Mangel an qualifizierten Personal und an Geld bei den Organisationen, die aktiv gegen Korruption vorgehen wollen. Solange aber das gesamte System von Korruption geprägt sei, gebe es keine Aussicht auf Besserung. Werde ein Verbrechen begangen, fehle es bei der Polizei sowohl an der Fähigkeit als auch an dem Willen, tatsächlich gegen die Täter vorzugehen. Selbst wenn ein Gerichtsverfahren angestrebt werde, werde es aufgrund der unprofessionellen Ermittlungslage und dem Mangel an Beweisen niedergeschlagen. Wenn es aber keine Gerichtsverfahren gebe, gebe es auch keine Bestrafung der Täter. Eine Abschreckung für zukünftige Straftaten könne somit ebenfalls nicht erzielt werden. Letztendlich seien die Gefängnisse überfüllt von Kleinkriminellen, die keinen Prozess gehabt hatten. Korrupte und korrumpierende Polizisten, Richter, Politiker und Unternehmer, die dem Staat als Ganzem schaden, kämen hingegen ungeschoren davon. Jeder, der in Liberia Geld und/oder Beziehungen zur politischen Elite des Landes habe, brauche keine Strafe zu befürchten.

Es sei dringend geboten, dass der Gesetzgeber reagiere, die Erziehung im Lande verbessert werde und mehr Fachkräfte ausgebildet würden. Der Vertreter von **CENTAL**, dem örtlichen Büro von Transparency International, betonte, wie wichtig es sei, dass der Kampf von unten beginne und man nicht darauf warte, dass von oben Veränderungen einträten. Ohne radikale Schritte werde man nichts erreichen können. Man mache sich nicht beliebt, wenn man gegen Korruption angehe. Der Nepotismus sei bereits in der Verfassung Liberias verankert. Sehr kritisch äußerte er sich über weitere „Workshops“ und Seminare, die zwar gut gemeint seien, aber wenig bewirkten. Niemand in seinem Büro habe einen Hochschulabschluss, aber alle hätten durch ihr Engagement und ihre integre Haltung einen Einfluss auf die Gesellschaft und die Menschen. Sie wüssten, was sie täten und langfristig sei es wichtig, die Korruption anzuprangern und die Beteiligten bloßzustellen (naming and shaming). Die Vertreter von **LEITI** und **GAC** stimmten dem zu und betonten, wie

wichtig die Integrität der handelnden Personen sei. Legislative, Exekutive und Jurisdiktion müssten bedrängt werden, endlich zu handeln. Letztendlich könne aber Integrität nicht durch Gesetze entstehen. Die Zivilgesellschaft müsse sich stark machen im Kampf gegen die Korruption und für mehr Integrität, da Regierung und Parlament es nicht tun würden.

Der **Delegationsleiter** verwies auf den „Code of Conduct“ von 1986. Ihn interessiere, welche konkreten Hindernisse bestünden, diesen umzusetzen. Korruption gebe es überall in der Welt, man könne aber auch effektiv dagegen vorgehen. Zum Beispiel könne der Staat korrupte Firmen von öffentlichen Aufträgen ausschließen. Wichtig sei es, einen Konsens zu den grundlegenden Ideen zu erreichen und das Land zu einer Kooperation aller Anti-Korruptionsorganisationen gelange. Die **liberianischen Gesprächspartner** stimmten dem zu, gaben aber zu bedenken, dass ein großes Hindernis in Liberia tatsächlich sei, dass der politische Wille fehle. Die Exekutive könnte mit der Legislative sprechen und eine gemeinsame Lösung suchen. Dies werde jedoch nicht angestrebt. Auch sei es nicht hilfreich, zu viele Gesetze zu haben. Der Vertreter von **LEITI** ergänzte, man versuche, möglichst alle wichtigen Verträge publik zu machen, habe aber dann zum Teil mit „technischen Problemen“ auf der Website zu kämpfen. Erst jüngst seien Verträge plötzlich von der Website verschwunden gewesen. Die Herausforderung sei weniger, etwas publik zu machen, sondern herauszufinden, warum bestimmte Dinge nicht publik gemacht werden sollten. Und hier gelte es, sowohl die Motive der Unternehmen als auch von Regierung und Parlament herauszufinden. Langfristig komme es zudem darauf an, stabile und ausreichende Steuereinnahmen für den Staat zu bekommen, damit dieser handlungsfähig werde.

2.4. Welthungerhilfe (verbunden mit Besuch bei einem Landwirtschaftsprojekt)

Die Abgeordneten besuchten ein Landwirtschaftsprojekt, das von der Welthungerhilfe betreut wird und mit Hilfe von Geldern der EU finanziert wird. Es handelt sich dabei um ein urbanes Landprojekt, das Bauern in und um Monrovia herum integriert. Von dem Projekt leben etwa 300 Personen, langfristig soll versucht werden, nicht nur für den Eigenbedarf anzubauen, sondern auch Produkte zum Verkauf auf dem Markt anbieten zu können. Ziel ist es, Lebensmittelsicherheit für die Familien zu bekommen, die Ernährung und die Ernährungssituation zu verbessern, Einkommen zu generieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Zudem soll versucht werden, eine positive Umweltentwicklung voranzutreiben und eine soziale Integration zu erreichen. Bei den meisten der Familien handelt es sich um Flüchtlinge, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Die **Vertreter der Welthungerhilfe** betonten, dass ihr Ansatz sei, bei allen anstehenden Arbeiten die Bevölkerung zu integrieren und mit ihr zu kooperieren. Die meisten der Menschen seien aufgrund des Krieges in die Region geflüchtet und hätten keinerlei Wissen über Landwirtschaft. Die Welthungerhilfe unterstütze dieses Projekt und arbeite dabei mit weiteren internationalen und lokalen Organisationen zusammen. Ein großes Problem seien die ungeklärten Landrechte und auch von ihrem Territorium hätten sie wieder etwas abgeben müssen, da die Bauern das Land lediglich besetzt gehabt hatten. Man stehe in Verhandlung mit der Regierung, um ein Stück Land zu bekommen, auf dem man die Farmer ansiedeln könne. Die meisten seien übrigens Frauen. Der Ort, auf dem die Landwirtschaft nun betrieben wird, ist eine ehemalige Müllkippe. Diese war die einzige Müllkippe im ganzen Land. Teile des Gebietes werden auch weiterhin als Müllkippe benutzt. Bedingt durch den Krieg, aber auch schon vorher, habe es Probleme mit der Sanitärversorgung gege-

ben, dies sei auch jetzt noch der Fall. Hinzu komme, dass während des Krieges sehr viel Infrastruktur in Liberia zerstört worden sei und erst allmählich wieder aufgebaut werde. Die Stadt Monrovia sei für etwa 800.000 Menschen angelegt worden, nun lebten etwa 1,2 Millionen Menschen hier, darunter zahlreiche Kriegsflüchtlinge. Es gebe in der Stadt keinerlei Planung und Vision, wie es weitergehen solle. Stadtplanung sei ein Fremdwort.

Die Gesundheitsversorgung für die Farmer aber auch in Liberia insgesamt sei sehr rudimentär, so der **Vertreter der Welthungerhilfe** auf Nachfrage der Delegation. Internationale Organisationen hätten dazu beigetragen, überhaupt eine Art Gesundheitssystem aufzubauen. Und noch immer stürben sehr viele Frauen bei der Geburt aufgrund der mangelnden medizinischen Hilfe. Familienplanung gebe es auch nicht und ein weiteres großes Problem sei die Schwangerschaft von Kindern. Junge Mädchen, die schwanger würden, würden nicht mehr zur Schule gehen und hätten damit gar keine Aussicht mehr auf Bildung und einen späteren besser qualifizierten Job. Die mangelnde Erziehung der Kinder sei auch eine Folge des Krieges. Man könne von einer verlorenen Generation sprechen. Wenn diese Kinder nun wiederum Kinder bekämen, bestehe das Problem, eine weitere verlorene Generation zu bekommen. Mit diesen Menschen, vor allem Kindern, die durch den Krieg geschädigt und traumatisiert seien, sei es sehr schwierig, zu arbeiten. Die psychischen Schäden dieser Kinder würden noch immer weithin unterschätzt.

3. Gespräche mit Regierung und Parlament

3.1. Justizministerium, Wilkins Wright, Generalstaatsanwalt und Hilay Siekor-Sirleaf (Büroleiterin der Justizministerin)

Die Vertreter des Justizministeriums entschuldigten die Ministerin, die kurzfristig habe verreisen müssen. Sie betonten, dass sie sich sehr über den Besuch der deutschen Abgeordneten freuten, da Liberia viel Unterstützung von außen benötige. Das neu initiierte Projekt zur Bewährung für Strafgefangene werde von Deutschland mitfinanziert. Dies sei eine große Hilfe. Sie selbst, so **Siekor-Sirleaf**, sei gerade in Deutschland gewesen und habe ein Jugendgefängnis besucht. Zudem habe sie an einer internationalen Konferenz über friedensschaffende und friedenserhaltende Maßnahmen (Peace keeping und Peace building) teilgenommen. **Joyce Frankfurt**, eine weitere Mitarbeiterin des Justizministeriums, die an dem Projekt zur Bewährung für Strafgefangene mitarbeitet, erklärte, man arbeite eng mit der GIZ zusammen und habe gemeinsame Programme unter anderem zur Reform des Justizwesens. In Liberia gehörten Justiz und Sicherheit zusammen und könnten nicht getrennt voneinander betrachtet werden. Es gebe Kooperationen mit den Vereinten Nationen, bilateralen Gebern und Regierungen. Nur gemeinsam könne man es schaffen, das Justizsystem zu reformieren. Es sei eine große Hilfe, dass sowohl das Justizministerium als auch die Präsidentin des Landes das Bewährungsprojekt unterstützten. Man habe gerade damit begonnen und werde es für zwei Jahre durchführen, um es dann zu evaluieren. Das Projekt sei sowohl für die Gefangenen, die davon profitierten, sehr wichtig, als auch für die Situation in den Gefängnissen, die völlig überfüllt seien. Eine große Unterstützung sei der deutsche Botschafter, Dr. Schaff, der überall sei und überall mitwirke. Er werde in Liberia sehr geschätzt.

Auf die Fragen des **Botschafters**, was mit den Empfehlungen aus Genf zum UPR von Liberia geschehe, inwieweit der Versöhnungsprozess vorangetrieben werde und wie der Stand zur Todesstrafe sei, erklärte Generalstaatsanwalt **Wilkins Wright**, in Liberia sähen Verfassung und Gesetze vor, dass die Todesstrafe bei Mord und be-

waffneten Raubüberfällen verhängt werde. Um dies zu ändern, müsse das Parlament ein Gesetz einbringen. Danach müsse die Verfassung geändert werden und dann müsse es ein Referendum geben. Erst wenn die Verfassungsänderung mithilfe des Referendums durch die Bevölkerung bestätigt sei, könne es eine Änderung bei der Todesstrafe geben. Und auch erst dann könne man internationale Verträge ändern. Die Regierung wisse sehr wohl, dass die internationale Verpflichtung bestehe, die Todesstrafe abzuschaffen. Aber man müsse auch sehen, dass die Bevölkerung Liberias für eine harte Bestrafung sei und es derzeit nicht sinnvoll erscheine, die Abschaffung der Todesstrafe voranzutreiben. Im Übrigen werde die Todesstrafe zwar verhängt, aber nicht durchgeführt. Dieser Zustand werde auch von der Präsidentin unterstützt.

Der **Delegationsleiter** gab zu Bedenken, dass die legale Abschaffung Rechtssicherheit bedeute. Diese dürfe nicht unterschätzt werden. Solange die Todesstrafe legal in Liberia existiere, bestehe immer die Gefahr, dass bei einem Regierungswechsel diese wieder verhängt und durchgeführt werde.

Wright erklärte, dies sei tatsächlich so. Die Todesstrafe könne durch Anordnung der Präsidentin/des Präsidenten des Landes durchgeführt werden. Ein Gesetz zur Abschaffung könne auch durch eine Anweisung der Präsidentin (Executive Order) initiiert werden. Dieses Vorgehen werde jedoch nur dann gewählt, wenn man in Zeitnot sei und nicht auf eine Gesetzgebung durch das Parlament warten könne. Es sei besser, den langfristigen Weg zu wählen und zunächst das Parlament einzuschalten und dann ein Referendum abzuhalten. Dies müsse allerdings sehr gut vorbereitet sein, um den gewünschten Ausgang zu bekommen. Auch ein Moratorium der Todesstrafe müsse einen langen Prozess durchlaufen und schließlich von der Bevölkerung durch ein Referendum bestätigt werden. Dies sei also keine Lösung. Deswegen sei es so wichtig, möglichst schnell eine grundlegende Debatte in der liberianischen Gesellschaft über die Todesstrafe und eine Verfassungsreform anzustoßen. Aufgrund des langen Krieges und der damals aber auch heute noch immer vorkommenden bewaffneten Überfälle sei die Mehrheit der Bevölkerung derzeit noch für die Todesstrafe.

Zu der **Nachfrage der Delegation** nach der Situation in den Gefängnissen und der hohen Anzahl an Untersuchungshäftlingen sowie der Situation von Minderheiten, auch sexueller Minderheiten, erklärte **Wright**, die Untersuchungshaft sei tatsächlich ein großes Problem in Liberia. Seit 2009 gebe es deshalb eine sogenannte Eingreiftruppe für Untersuchungshäftlinge ohne Gerichtsverfahren. Daran beteilige sich das Justizministerium, die Menschenrechtskommission, UN-Organisationen und die liberianische Zivilgesellschaft. Die Zeit, die Gefangene in Untersuchungshaft ohne Gerichtsverfahren zubrachten, sei definitiv viel zu lang. Damit würden die Rechte des Individuums missachtet. Es gebe aber so viele andere Probleme in Liberia, wie zum Beispiel das Erziehungs- und das Gesundheitssystem, dass man darauf achten müsse, eine Balance zwischen den verschiedenen Bereichen zu wahren. Man müsse unterscheiden zwischen den Rechten der Mitglieder der Gesellschaft, die ein normales Leben führen und die Rechte derer, die gegen die Gesellschaft gehandelt haben. Bei der Freilassung der Täter müsse auf die Situation der Opfer Rücksicht genommen werden und auf die Angst der Opfer, dem Täter erneut zu begegnen. Häufig hätten Opfer Angst, vor Gericht auszusagen, und man einige sich außegerichtlich über Geldzahlungen. Die Überfüllung der Gefängnisse sei ein großes Problem. Allein das Gefängnis in Monrovia, das für 300 Personen vorgesehen sei, sei derzeit mit über 1.000 Personen belegt. Deshalb habe man das Bewährungsprogramm gestartet. Die wenigsten Gefangenen hätten jemals einen Richter gesehen. In

der Regel würden sie von einem Magistrat oder einem Verwaltungsangestellten (clerk) verurteilt. Im Übrigen sei man offen für Verbesserungsvorschläge, auch aus dem Ausland, wie man das Problem der überfüllten Gefängnisse lösen könnte. Man sehe sehr wohl, dass die überlange U-Haft ungerecht sei und eine Menschenrechtsverletzung darstelle. Man müsse bei dem Umgang mit Kriminellen und Gefangenen immer darauf achten, dass man abwägen müsse zwischen deren Wohl und dem Wohl der gesamten Gesellschaft. Zu einer Verbesserung der Situation benötige man besser ausgebildetes Personal, ein besseres Justizsystem und Geld. Ohne Unterstützung aus dem Ausland sei eine Veränderung kaum möglich.

Zur Situation von Minderheiten erklärte er, diese hätten sehr wohl Rechte. Anders als bei den Homosexuellen, da Homosexualität gesetzlich in Liberia verboten sei. Für die notwendige Mehrheit zur Änderung des Gesetzes sehe er aber derzeit keine Möglichkeit. Homosexualität werde in der Regel in Liberia nicht offen ausgelebt. Dies sei ein Tabu. Seiner Meinung nach, so **Wright**, werde auf absehbare Zeit die Homosexualität in Liberia nicht legalisiert. Liberia dürfe nicht von außen unter Druck gesetzt werden und ein anderes Wertesystem dürfe ihnen nicht von außen übergestülpt werden.

3.2. Außenministerium

Außenminister Kpehe Ngafuan betonte gleich zu Beginn des Gesprächs, dass Liberia starke Partner brauche, um all seine Probleme bewältigen zu können. Deutschland sei ein sehr wichtiger Partner und man schätze die Kooperation sehr. Die größten Herausforderungen lägen in der Armut, in dem hohen Grad der Arbeitslosigkeit und in der mangelnden Infrastruktur. Auch der gesamte Energiesektor müsse ausgebaut werden. Deutschland sei seit Jahren ein zuverlässiger Partner und es sei notwendig, noch viel stärker private Investoren für eine Investition in Liberia zu interessieren. Für den Städtebau und die Stadtentwicklung gebe es inzwischen einen Trustfund. Wichtig sei natürlich, so der Außenminister, das starke Engagement der Vereinten Nationen mit den UNMIL-Truppen, die für Sicherheit und Stabilität im Lande sorgten. Die **Delegation** wies darauf hin, dass es im Lande Sicherheit und Stabilität geben müsse, um ausländische Investoren anzuziehen. Auch sei es wichtig, die afrikanische Beteiligung zu sichern und nicht nur auf das westliche/europäische Ausland zu schauen. Hier stelle sich auch die Frage nach dem Engagement des regionalen Zusammenschlusses ECOWAS und wie sich das Verhältnis zu dem Nachbarstaat Côte d'Ivoire darstelle.

Der **Außenminister** erklärte, inzwischen gebe es wieder ein sehr gutes Verhältnis zwischen Liberia und Côte d'Ivoire und auch die Grenzen seien wieder sicher. Es habe dort Probleme gegeben, da dieselbe Ethnie auf beiden Seiten der Grenze lebe. Die Unruhen in der Elfenbeinküste nach den Wahlen 2011 hätten sich auch auf die Grenzregion zu Liberia ausgewirkt. Die liberianische Regierung habe beide Seiten, sowohl Ouattara als auch Gbagbos unterstützt. Im Zuge der Auseinandersetzungen in der Elfenbeinküste seien 200.000 Menschen aus Côte d'Ivoire nach Liberia geflüchtet. Davon seien noch immer 58.000 Flüchtlinge in Liberia. Erschwerend komme hinzu, dass noch etwa 40.000 Personen, die am Konflikt beteiligt gewesen seien, noch nicht aufgegeben hätten und immer noch bewaffnet seien. Diese befänden sich auf beiden Seiten der Grenze. Für eine Zeit habe Liberia die Grenze zur Elfenbeinküste geschlossen, was zur Beruhigung der Lage beigetragen habe. Schwierig sei die Situation auch, da es Ausbeutung von Bodenschätzen auf beiden Seiten der Grenzregion gebe. Seit einiger Zeit habe man ein Übereinkommen mit der

Regierung Côte d'Ivoires geschlossen, was zur Befriedung der Lage beigetragen habe. Man könne nun von einem ausgezeichneten Verhältnis zwischen beiden Staaten sprechen. Die Grenze, die etwa 750 km lang sei, sei schwer zu kontrollieren, da sie ein durchgehendes Waldgebiet darstelle. Was die friedliche Entwicklung angehe, schaue er mit großer Zuversicht in die Zukunft. Dies liege auch an der Präsidentin, die man habe, die einen speziellen Impetus mit sich bringe.

3.3. Parlaments-Vizepräsident

Zusätzlich ins Programm eingeschoben wurde ein Gespräch mit dem Parlaments-Vizepräsidenten. Der **Delegationsleiter** betonte, dass es den deutschen Abgeordneten darauf ankomme, einen Gedankenaustausch zu führen und gegenseitig voneinander zu lernen. Der Parlaments-Vizepräsident erläuterte den deutschen Abgeordneten kurz den Aufbau des Staatssystems. Liberia sei eine Präsidialrepublik mit einem Zweikammersystem (Senat und Repräsentantenhaus). Der Senat habe 30 Sitze (zwei Sitze pro County) und das Repräsentantenhaus habe 73 Sitze. Auch das liberianische Parlament habe Ausschüsse. Derzeit gebe es zwölf. In der Regel hätten diese sieben Mitglieder. Ausnahmen bildeten der Finanzausschuss, der 15 Mitglieder habe, da jedes County des Landes ein Mitglied entsenden dürfe. Und auch der Ausschuss für Frieden und Versöhnung habe 15 Mitglieder. Der Sprecher und Vizesprecher des Parlaments seien Mitglied in jedem Ausschuss, da sie wissen müssten, was in den Ausschüssen diskutiert werde. Die Ausschüsse hätten in Prinzip drei Funktionen: Gesetzgebung, Repräsentation bzw. Berichterstattung gegenüber der Bevölkerung und Kontrollfunktion gegenüber der Regierung. Das Wichtigste sei dabei die Kontrolle des Budgets. Dieses müsse vom Parlament genehmigt werden. Die Kontrolle liege bei beiden Häusern - Senat und Repräsentantenhaus - und im Falle von Unstimmigkeiten und Problemen müssten die Führungspersonlichkeiten beider Kammern in einem gemeinsamen Komitee, einer Art Vermittlungsausschuss, zusammenkommen. Auf die Nachfrage nach der anstehenden Verfassungsreform erklärte er, dass man einerseits die Bevölkerung informieren müsse, es zunächst aber notwendig sei, diese entsprechend zu erziehen, damit sie die Tragweite einer neuen Verfassung überhaupt begriffen. Die Mehrheit der Bevölkerung müsse für die neue Verfassung votieren, damit diese in Kraft treten könnte. Hierzu sei ein Referendum vorgesehen.

Der deutschen Delegation schlug der Vizepräsident vor, eine Partnerschaft zwischen dem deutschen Parlament und dem liberianischen Parlament aufzunehmen. Dies halte er für sehr wichtig, da Monrovia von Deutschland lernen wolle und von seinen Erfahrungen aus der Vergangenheit. Auch Deutschland habe einen Krieg gehabt, sei geteilt worden und sei dann wiedervereint worden. Hier gebe es viele Parallelen und er könne sich eine Kooperation sehr gut vorstellen.

3.4. Gesundheitsausschuss vertreten durch Senator Dr. Peter Coleman

In dem Gespräch mit **Senator Coleman**, der ausgebildeter Chirurg ist und regelmäßig auch weiterhin seinen Beruf ausübt, wurden vor allem die Bereiche Gesundheit, insbesondere Müttersterblichkeit und Genitalverstümmelung, sowie Gewalt gegen Frauen und HIV/AIDS angesprochen. Liberia habe, so **Senator Coleman**, noch immer eine sehr hohe Muttersterblichkeit bei der Geburt, was auch daran liege, dass der Zugang zu ausreichender Gesundheitsversorgung vor allem auf dem Land nicht möglich sei und häufig Kaiserschnitte erforderlich wären, die aber nicht durchgeführt

würden. Viele Geburten erfolgten zu Hause ohne qualifizierte medizinische Hilfe. Auch fehle es an ausgebildeten Hebammen. Man habe jedoch inzwischen ein Ausbildungszentrum für Hebammen und hoffe, dass dort 30 Hebammen pro Jahr ausgebildet werden könnten. Zudem müssten die Krankenhäuser ausgerüstet werden, um Kaiserschnitte vornehmen zu können. Zumindest habe sich das Patienten/Arzt-Verhältnis inzwischen etwas verbessert. Während vor 15 Jahren noch ein Arzt auf 50.000 Menschen gekommen sei, käme nun ein Arzt auf 35.000 Menschen. Dies sei mit einer engen Zusammenarbeit mit UNICEF und UNFPA erfolgt. Deutschland beteilige sich im Übrigen an beiden Organisationen und deren Programme.

Das Problem Liberias liege in der großen Armut und der großen Anzahl an Kindern. Eine sinnvolle Familienpolitik und die Reduzierung der Anzahl der Geburten sei auch ein Menschenrechtsthema. Man könne nicht vorgehen wie in China, aber man müsse die Bevölkerungsexplosion und die damit verbundenen negativen Folgen sehen. Die Millenniumsziele, nach denen **Abg. Groth** gefragt hatte, würden kurzfristig nicht erreicht werden. Langfristig hoffe er jedoch auf Besserung. Die gesamte Welt schaue auf Liberia, da man eine Frau als Präsidentin habe. Dies müsse man versuchen, positiv zu nutzen. Ein Problem in Liberia sei, dass die wenigen Ärzte, die man habe, nicht bereit seien, aufs Land zu gehen. Man versuche sie nun damit zu gewinnen, indem man ihnen freies Wohnen, kostenlose Möbel und ein kostenloses Auto nebst Benzin zur Verfügung stelle. Zudem biete man eine freie Ausbildung an verbunden mit der Verpflichtung, mindestens drei Jahre nach dem Abschluss an der ausgesuchten Stelle zu arbeiten. Auf die Frage von **Abg. Graf** wie der Staat mit der Genitalverstümmelung umgehe und wie er sich verhalte, wenn Kinder Kinder kriegen, insbesondere wenn Mädchen vergewaltigt wurden, erklärte **Coleman**, die Genitalverstümmelung habe in Liberia traditionelle Wurzeln. Es sei sehr schwierig, die Leute davon zu überzeugen, davon abzulassen. Man brauche einen Bewusstseinswandel. Durch Gesetzgebung sei hier wenig erreichbar. Diese könne sogar eher kontraproduktiv wirken. Die Bewegung gegen Genitalverstümmelung sei zwar sehr langsam, aber allmählich versuchten zunehmend Frauen, ihre Kinder davor zu schützen. Dies liege auch daran, dass mehr Mädchen zur Schule gingen und eine bessere Ausbildung erhielten.

Wenn junge Mädchen vergewaltigt und dadurch schwanger würden, sei eine legale Abtreibung erlaubt. Das Mädchen würde jedoch nicht gezwungen abzutreiben. Ein weiteres Problem liege in dem sehr jungen Alter, in dem Mädchen verheiratet würden. Dies führe zu Schwangerschaften in jungem Alter, wenn der Körper eigentlich noch nicht reif dafür sei. Gesetzlich sei es eigentlich erst legal, im Alter von 16 Jahren zu heiraten. Häufig würden jedoch schon jüngere Mädchen weggegeben, um Geld für die Familie zu bekommen und einen Esser weniger im Haus zu haben. Die Rolle der Kirchen, so Coleman auf Nachfrage, sei bei diesem Thema sehr unterschiedlich. Während die christlichen Glaubensrichtungen sich um eine gute Ausbildung auch für die Mädchen einsetzten, legten die Muslime Wert auf eine frühe Verheiratung. Aber auch sie setzten sich für Schulbildung für Mädchen und Jungen ein.

Die Infektionsrate von AIDS/HIV habe man reduzieren können durch bessere Aufklärung und verstärkten Gebrauch von Kondomen. In Liberia liege die Infektionsrate derzeit bei etwa 1,5 Prozent während sie in anderen westafrikanischen Ländern bei 3-4 Prozent liege.

Der **Delegationsleiter** wies darauf hin, dass man soeben im Parlament eine Diskussion über Homosexualität in Liberia geführt habe. Ihn interessiere die Meinung von

Coleman hierzu. **Senator Coleman** erklärte, die Diskussion hierüber habe in Liberia gerade erst begonnen. 90 Prozent der Liberianer wollten noch nicht einmal etwas über das Thema Homosexualität oder Rechte von Homosexuellen hören. Sie seien der Auffassung, es sei gegen die afrikanische Kultur. Die Gesellschaft Liberias sei noch nicht so weit und man brauche hier noch sehr viel mehr Erziehung und Aufklärung. Auch in diesem Bereich werde es ebenso wie bei dem Thema der Genitalverstümmelung einen langsamen Prozess in Liberia geben. Langfristig werde sich aber etwas ändern. Noch sei es in Liberia, aber auch in anderen afrikanischen Staaten, für Homosexuelle zu gefährlich, ihre Homosexualität öffentlich auszuleben. In Europa sei dies anders. Dort habe es aber ebenfalls Jahrzehnte gebraucht, bis sich diese Freiheit entwickelt habe.

3.5. Präsidentin Liberias, Ellen Johnson Sirleaf

Der protokollarisch höchste Termin war der mit der Präsidentin des Landes, **Ellen Johnson Sirleaf**. Die Präsidentin nahm sich eine halbe Stunde Zeit und betonte gleich zu Beginn die Wichtigkeit der bilateralen Beziehungen. Diese seien traditionell sehr gut und seien zuletzt unterstrichen worden durch den Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Jahr 2007. Sirleaf verwies zudem auf die Mittel aus der Entwicklungszusammenarbeit und den Projekten, die vom BMZ mitfinanziert werden. Insgesamt, so Sirleaf, hoffe sie auf eine positive wirtschaftliche Entwicklung in ihrem Land, zumal es nun auch Ölfunde gebe. In Liberia gebe es eine wachsende Wirtschaft und ihre Regierung sei bemüht, die Finanzsituation in den Griff zu bekommen. Man versuche neben den internationalen Gebern auch die Privatwirtschaft für Investitionen zu gewinnen. Um die Wirtschaft wieder aufzubauen, insbesondere die Infrastruktur zu verbessern und weiter auszubauen, sei es notwendig, Frieden und Sicherheit im Lande zu haben. Hier sei sie dankbar für die Unterstützung durch die UNMIL-Truppen. Es werde nun ein gradueller Abzug vorbereitet, man müsse diesen aber genau im Auge behalten, um flexibel reagieren zu können. Die Region sei noch sehr anfällig, man müsse nur in die Nachbarstaaten schauen. Positiv sei, dass die Regierungschefs sich untereinander gut verstünden und es gute Kooperationen zwischen den Sicherheitskräften gebe.

Die Meinungs- und Pressefreiheit, so die **Präsidentin**, sei ihrer Auffassung nach in Liberia gegeben. Problematisch sei aber die noch immer weitverbreitete Korruption. Man dürfe hierbei aber die Ursachen der historischen Vernachlässigung, des Bürgerkrieges und der Armut nicht vergessen. Inzwischen habe man eine Antikorruptionskommission eingesetzt, die aber noch nicht ausreichend ausgestattet sei, um tatsächlich effektiv arbeiten zu können. Auch werde versucht, die Gehälter im öffentlichen Dienst zu erhöhen, letztendlich sei die Bezahlung aber noch immer zu niedrig. Weiterhin sei es erforderlich, ein gutes Kontrollsystem einzuführen, um Korruption bereits in den Ansätzen bekämpfen zu können. Ein wichtiger Baustein in diesem Zusammenhang sei ein funktionierendes Justizsystem, über das Liberia aber leider noch immer nicht verfüge. Die Präsidentin verwies auf die Widerstände, die es im politischen Bereich und vor allem im Parlament gegen eine effektive Korruptionsbekämpfung sowie den Aufbau eines effektiven Justizsystems gebe. Problematisch sei ferner, dass es viel zu wenig Polizeikräfte gebe und diese viel zu schlecht ausgestattet seien. Aber auch hier gelte, dass man für eine Veränderung Geld benötige.

Der **Delegationsleiter** bedankte sich für die Möglichkeit des Gespräches und erklärte, die Delegation fühle sich sehr geehrt, mit der Präsidentin zusammentreffen zu dürfen. Sie habe im Ausland einen sehr guten Ruf und sowohl im Inland als auch im

Ausland setze man große Hoffnung in ihre Aktivitäten und ihre Präsidentschaft. Von den bisherigen Erfolgen sei man sehr beeindruckt, zumal der Bürgerkrieg erst knapp zehn Jahre vorbei sei. Zur Korruptionsbekämpfung sei auch aus Sicht der deutschen Abgeordneten ein funktionierendes Justizsystem erforderlich. Gerichtsverfahren und Bestrafung sowie Transparenz in allen Bereichen seien Kernelemente. Von Interesse sei auch, inwieweit ECOWAS in der Region und in Liberia eine Rolle beim Friedensprozess spielen könne.

Die **Präsidentin** verwies auf die historisch bedingte Spaltung des Landes zwischen den Siedlern und den Ureinwohnern. Diese Polarisierung, die es vor dem Krieg, aber auch jetzt noch gebe, gelte es zu überwinden. Aus dem Exil zurückkehrende Liberianer könnten dazu beitragen, das Land in eine bessere Zukunft zu führen. Wichtig sei hierbei auch, inwieweit der Versöhnungsprozess vorangetrieben werde. Immerhin habe man innerhalb der letzten neun Jahre friedlich leben können und zwei erfolgreiche Wahlen durchgeführt. Der Etat für das Jahr 2013 betone die Notwendigkeit des Versöhnungsprozesses und der Beseitigung vor allem der Jugendarbeitslosigkeit. Zudem benötige man eine bessere Ausbildung und Erziehung, um langfristig bessere wirtschaftliche Chancen zu haben. Es gebe nun eine sogenannte „Road Map“ für den Versöhnungsprozess, an der die Friedensnobelpreisträgerin Leymah Gbowee maßgeblich beteiligt gewesen sei. Öffentliche Anhörungen und Diskussionen über diese „Road Map“ seien geplant. Während ihre erste Amtszeit von dem Prozess der Stabilisierung geprägt gewesen sei, werde sie sich in ihrer zweiten Amtszeit, die gerade begonnen habe, auf den Transformationsprozess konzentrieren.

ECOWAS sei aus ihrer Sicht eine sehr effiziente Organisation und habe inzwischen eine starke Position in der Frage von Demokratie und Demokratieentwicklung. Insgesamt könne festgehalten werden, dass die regionale Kooperation ansteige. Im Großen und Ganzen sei auch das Verhältnis der einzelnen ECOWAS-Regierungschefs untereinander gut. Zu einer erfolgreichen Korruptionsbekämpfung gehöre aus ihrer Sicht auch die Armutsbekämpfung, Prävention und der Ausbau von Kapazitäten. Das Justizministerium arbeite eng mit dem LACC (die führende nationale Antikorruptionsbehörde) zusammen. Man habe zwar noch nicht sehr viel Erfolg in der Bestrafung von den an Korruption beteiligten Personen, der Wille, auch offizielle Personen zu verfolgen, werde aber offensichtlich und habe hoffentlich auch eine abschreckende Wirkung. Ein Problem sei dabei, dass es in Monrovia nur ein zuständiges Gericht gebe. Man könne jedoch alternativ auf andere Gerichte in anderen Regionen ausweichen. Wichtig sei, dass am Ende eines Gerichtsprozesses sehr hohe und strenge Strafen stünden.

Der **Justizminister** betonte, dass die Präsidentin den Kampf gegen Korruption politisch unterstütze und klar gemacht habe, dass niemand außen vor bleibe und jeder, der korrupt sei, vor Gericht gebracht werde und mit einer Strafe rechnen müsse. Die **Präsidentin** erklärte, man könne auch mit der traditionellen Bestrafung arbeiten, es sei jedoch wichtig, - um die Menschenrechtsverpflichtungen zu erfüllen - auch vor ein reguläres Gericht zu gehen. Sie glaube ebenso wie die deutschen Abgeordneten, dass es bei dem Kampf gegen Korruption unbedingt auf Transparenz ankomme. Auf diesem Gebiet müsse in Liberia noch viel verbessert werden. Die Antikorruptionsbehörde und Organisationen ziviler Art, die gegen Korruption vorgehen, müssten gestärkt werden.

Der **Delegationsleiter** wies auch darauf hin, dass ein weiteres wichtiges Arbeitsfeld die Stärkung der Frauen- und Kinderrechte sei.

Die **Präsidentin** erläuterte, dass die ersten Jahre der Schulbildung gebührenfrei seien und es eine Schulpflicht gebe. Die Regierung wolle, dass die Familien die Kinder zur Schule schicke. Seitdem sie das Präsidentenamt inne habe, habe sich die Anzahl der Schulbesuche verdoppelt und dies sei vor allem bei den Mädchen der Fall. Das Erziehungssystem müsse verbessert und die Qualität der Ausbildung angehoben werden. Dies gelte auch für die Qualität der Lehrer. Langfristig gelte es die Rechte und die Macht der Frauen zu stärken. Auf dem Lande hätten die Frauen traditionell eine stärkere Machtposition. Vor dem Gesetz seien ohnehin alle Menschen Liberias gleich, es gebe keine Diskriminierung von Frauen und Kindern oder von Gruppen und Einzelpersonen. In diesem Punkt sei die Verfassung sehr eindeutig. Bevor es eine Verfassungsreform geben könne, müsse es neue Gesetze geben und dann ein Referendum. Sie gehe davon aus, dass sich in den nächsten fünf Jahren eine Verfassungsreform realisieren lasse. Dabei müssten auch Fragen des Landrechts und der Staatsbürgerschaft geklärt werden.

4. Besuch eines Gefängnisses (Monrovia Central Prison) und des Probation Center for Young Prisoners (Halfway House)

Wie auch bei anderen Delegationsreisen des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe hatte dieser im Vorfeld gebeten, den Besuch eines Gefängnisses zu ermöglichen. Aufgrund der Zeitknappheit verzichteten die Abgeordneten darauf, in beiden Ländern in ein Gefängnis zu gehen und beschränkten sich auf den Besuch des Monrovia Central Prison in Liberia. Hauptthemen in dem Gefängnis waren die Art der Unterbringung, die überlange Untersuchungshaft (etwa 80 Prozent der Häftlinge sitzen ein ohne einen Richter gesehen zu haben), die Möglichkeiten von Beschäftigung innerhalb des Gefängnisses sowie die „Bewährungshilfe“ für junge Gefangene, für die eine Chance gesehen wird, dass sie sich bewähren und in die Gesellschaft wieder eingegliedert werden können. Die Überfüllung der Gefängnisse resultierte daher, dass die Kriminellen relativ schnell und auch schon bei kleineren Delikten eingeliefert werden und dort lange, ohne einem Richter vorgeführt zu werden, ausharren müssen.

Aufgrund der geringen räumlichen sowie finanziellen Kapazitäten kann nur einem kleinen Teil der Gefangenen eine Ausbildung/Beschäftigung zum Beispiel im Nähen gegeben werden. Die Gefangenen können deshalb eigentlich den ganzen Tag nichts tun. Zwei Dinge stachen jedoch positiv heraus: Zum einen, so ein Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes, der seit drei Jahren in dem Gefängnis arbeitet, die gesundheitliche Situation der Gefangenen. Dank der Umstellung der Ernährung wurden viele Krankheiten, die durch Mangelernährung auftreten, beseitigt. Dennoch, so der **IKRK-Vertreter**, gebe es noch immer zu wenig Nahrung für die Gefangenen. Erfreulicherweise sei aber zum Beispiel HIV/Aids kaum noch ein Thema in diesem Gefängnis. Die Infektionsrate insgesamt in Liberia sei massiv zurückgegangen. Ein großes Problem sei aber weiterhin TBC. Der zweite positive Aspekt, so ein **Vertreter des Justizministeriums**, sei die Möglichkeit, Gefangene, die sich durch besonders gute Führung hervorgetan haben, in dem sogenannten Halfway House unterzubringen und ihnen eine Art von Bewährung zu ermöglichen. Es würden zunehmend sogenannte „Magistrate“ ausgebildet, die anstelle eines Richters über die Möglichkeit der Verlegung in das Halfway House entscheiden. Die jungen Gefangenen, die in eine „Art von Bewährung“ für sechs bis zwölf Monate in das Halfway House gingen, bekämen eine Ausbildung entweder im Nähen oder im Tischlern.

Nach dem Gefängnisbesuch wurde es den Abgeordneten ermöglicht, auch dieses Halfway House zu besuchen. Die gesundheitliche Versorgung und die Nahrungsmittelversorgung ist dort sehr viel besser als im Gefängnis und der Aufenthalt der Gefangenen wird erleichtert durch soziale Programme und durch die handwerkliche Ausbildung. Ab und zu ist es den Gefangenen auch gestattet, in Begleitung in die Stadt zu gehen. Dieser kurzzeitige Freigang wird nur bei sehr guter Führung gewährt und bei zuverlässigen Gefangenen. Nachts müssen sie immer wieder zurück in das Halfway House. Bevor die Gefangenen dort aufgenommen werden, müssen sie ein- bis zweimonatige Vorbereitungskurse im Gefängnis mitmachen. Der **Leiter** des Probation Center wies auch auf das Problem hin, dass die liberianische Gesellschaft sobald es um Bestrafung gehe, sehr konservativ sei und es nicht gerne sehe, dass Gefangene „auf Bewährung“ aus dem Gefängnis kämen. Man habe sehr viel Überzeugungsarbeit in der Gemeinde benötigt, um dieses Bewährungszentrum aufzubauen. Die Anwohner hätten Vorurteile und Angst, dass die Gefangenen fliehen könnten. Der Leiter erklärte, dass die Einrichtung dieses Probation Centre nur mithilfe der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) und des Justizministeriums Liberias möglich gewesen sei. Es sei eine Art Pilotprojekt und werde derzeit mit 16 Gefangenen auf Bewährung sowie zehn ehemaligen Inhaftierten durchgeführt. Das Zentrum stehe im engen Kontakt mit der Gemeinde und man versuche auch, die Opfer zu integrieren und eine Kommunikation zwischen Opfern und Tätern zu ermöglichen. Auf diese Art hoffe man, die Täter später wieder in die Gesellschaft integrieren zu können. Seit Beginn des Projektes im Juli 2011 habe man zwölf Menschen auf Bewahrung/ehemalige Gefangene frei gelassen und über 500 Gefangene, die als U-Häftlinge im Gefängnis saßen aus dem Monrovia Central Gefängnis entlassen können. Hauptziel ihrer Arbeit sei es, die Kriminellen psychologisch zu betreuen, ihre Ausbildung und ihre Fähigkeiten zu verbessern und ihnen eine Chance zu geben, wieder in die Gesellschaft integriert zu werden.

B. Côte d'Ivoire

1. Allgemeiner Sachstand

1.1. Briefing durch die GIZ zu deutschen Menschenrechtsprojekten

Die **Vertreter der GIZ** stellten den Abgeordneten die von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit geförderten Projekte vor, die über Umweltschutzprogramme, Familienplanung und HIV/AIDS-Bekämpfung, Rehabilitierung von Primar- und Sekundarschulen über Trinkwasser, Wassermanagement und Schuldentauschprogramme hinzu Wirtschaftsprojekten reichen. Die Elfenbeinküste ist ein Kooperationsland mit fokussierter regionaler/thematischer Zusammenarbeit. Seit 2006 ist das Land Teil des BMZ-Regionalansatzes „fragile Staaten Westafrikas“ und bei der jährlichen Mittelvergabe kann jeweils flexibel auf Fortschritte in diesen Staaten, insbesondere bezüglich von Krisen- und Governance-Situationen reagiert werden. 2010 wurde die Zusammenarbeit unterbrochen, im April 2011 jedoch wieder aufgenommen. Nach Einschätzung des BMZ und auch des Auswärtigen Amtes gilt das Land in Teilen als weiterhin sehr fragil, und im Juni 2012 gab es einen weiteren Vorfall, bei dem sieben Soldaten der UN-Friedenstruppe, neun oder zehn Zivilisten sowie ein ivorischer Soldat getötet wurden.

Die GIZ-Vertreter erläuterten den Abgeordneten den Schwerpunkt der GIZ-Arbeit, der in der „Agrarwirtschaftsförderung im Südwesten und Nordwesten/Schutz der Biodiversität-Tai-Park“ liege. Die laufende Phase von 2009 bis 2013 wird mit drei Millionen Euro FZ-Mitteln und fünf Millionen TZ-Mitteln finanziert. Die geplante Zusage

für das Jahr 2012 beläuft sich auf elf Millionen Euro TZ-Mittel. Zusätzlich sollen drei Millionen Euro EU-Kombifinanzierung bereitgestellt werden. Die Herausforderung bei diesem Projekt liege darin, dass der Tai-Nationalpark der größte intakte Regenwald Westafrikas und UNESCO Weltkulturerbe sei. Er sei jedoch starkem Nutzungsdruck ausgesetzt, der sich durch die Krise noch verstärkt habe. Die eigentlich leistungsstarke Landwirtschaft besitze großes Potential, habe aber unter der Krise stark gelitten und sei in vielen Gebieten auf Subsistenzniveau gesunken. Ziel des gemeinsamen EZ-Programms sei es, den Tai-Park zu erhalten, indem die Anrainerbevölkerung einbezogen wird und nationale Strukturen aufgebaut und gestärkt werden. Gleichzeitig sollen nachhaltige Einkommensmöglichkeiten in vier besonders strukturschwachen ländlichen Regionen geschaffen werden. Ferner gibt es PPP-Maßnahmen in den Sektoren Kakao, Kautschuk, Palmöl und Cashew. Darüber hinaus, so die GIZ-Vertreter, gebe es vom AA mit unterstützte Projekte im Bereich der Justizreform, Polizeireform und der Kontrolle der Zivilgesellschaft im Bereich der Kleinwaffen. Der Südwesten des Landes sei besonders gefährdet, da es immer Übergriffe von Liberia nach Côte d'Ivoire gegeben habe. Inzwischen hätten sich jedoch beide Regierungen geeinigt und arbeiten vor allem im Grenzgebiet zusammen. Seitdem herrsche dort einigermaßen Ruhe. Seit 2009 gebe es eine Nationale Kommission zur Einsammlung von Waffen, die gemeinsam mit den Vereinten Nationen arbeite. Diese sogenannte Comnat werde von der GIZ unterstützt, bisher habe sie jedoch nicht sehr viel erreicht, denn es seien noch immer etwa 10.000 Kleinwaffen im Umlauf. Diese Tatsache und dass ein Großteil dieser Waffen auch von Wegelagerern benutzt würden, sei jedoch weniger ein Problem, das von außen und über Projekte gelöst werden könne, sondern vielmehr ein gesellschaftliches Problem. Offiziell kämen aufgrund des Waffenembargos gegen Côte d'Ivoire auch keine Waffen mehr ins Land, dennoch tauchen immer wieder neue Waffen bis hin zu schwerem Kriegsgerät auf.

Abg. Groth erklärte, es sei notwendig, vor allem den Jugendlichen und auch den Ex-Kombattanten eine Zukunftsperspektive zu bieten. Die **GIZ-Vertreter** erläuterten, es gebe Projekte, die die Integration der Kombattanten zum Ziel hätten und man biete unter anderem an, die Waffe abzugeben und dafür einen Ausweis zu erhalten. Auf die Fragen von **Abg. Strässer** und **Abg. Gehring** nach dem Stand der Justizreform und Ausbildungsprojekten erläuterten die GIZ-Vertreter, dass es neben den Kosten der Aus- und Fortbildung auch darum gehe, die Gebäude instand zu setzen, in denen zum Beispiel das Nationale Dokumentationszentrum und die Justiz untergebracht sind. Zu der Nachfrage von **Abg. Meßmer**, warum die Universitäten geschlossen seien, erklärte der **GIZ-Vertreter**, dass die Universitäten tatsächlich unglaublich politisiert gewesen seien und dort nicht mehr wirklich ausgebildet worden sei. Eigentlich seien sie keine richtigen Universitäten mehr gewesen. Nach den gewalttätigen Ausschreitungen im Umfeld der Wahlen sei es deshalb konsequent gewesen, die Universitäten zu schließen.

2. Gespräche im Einzelnen

2.1. Zivilgesellschaft

2.1.1. Menschenrechtsorganisationen

Wie auch bei anderen Reisen des Ausschusses war den Abgeordneten wieder sehr daran gelegen, Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft zu treffen. Die Gespräche fanden in dem Gebäude vom Centre de Recherche et d'Action pour la Paix (CERAP) statt. **CERAP** wurde von der katholischen Kirche gegründet und ist ein universitäres und handwerklich ausgerichtetes Berufsausbildungszentrum für Men-

schenrechts- und Mediationsthemen. Das Zentrum verfügt über eine Bibliothek und ein für westafrikanische Verhältnisse sehr großes Veröffentlichungsprogramm sowie eine politische Monatszeitschrift. Nach den Gesprächen besichtigten die Abgeordneten die Bibliothek von CERAP und wurden dabei von **Directeur Père Hyacinthe Loua** gebeten, das Verlagshaus mit 20.000 Euro zu unterstützen.

Bei den Menschenrechtsorganisationen handelte es sich um die **Ligue Ivoirienne des Droits de l'Homme (LIDHO)**, die **Mouvement Ivoirien des Droits humains (MIDH)**, die **Association pour la Protection des Droits de l'Homme (APDH)** und die **Alternative Côte d'Ivoire** (eine Schwulen- und Lesbenorganisation **LSBTTI**). Der Direktor von CERAP, Père Hyacinthe Loua, war bei beiden Gesprächen (Menschenrechts- und Frauenorganisationen) zugegen.

Alle drei Menschenrechtsorganisationen hatten zuvor keinen Kontakt mit dem Vertreter der Lesben- und Schwulenorganisation, erklärten sich aber bereit, zukünftig mit der Alternativ Côte d'Ivoire zusammenzuarbeiten. Die Organisation l'Alternative Côte d'Ivoire unterhält ein Übergangshaus für Homosexuelle, die aus ihren Wohnungen vertrieben wurden. Hauptaktionsfelder seiner Organisation, so der Exekutivdirektor, seien der Kampf gegen AIDS und gegen Homophobie. Seine Organisation sei 2010 gegründet worden, weil sich keine andere NGO um den Schutz von sexuellen Minderheiten gekümmert habe. Per Gesetz sei Homosexualität nicht verboten, es gebe im Lande aber eine starke Homophobie und seine Organisation setze sich dafür ein, dass jeder Mensch das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung habe. Dies sei ein ursprüngliches Menschenrecht. Finanzielle Probleme habe seine Organisation nicht, da die Mitglieder alle ehrenamtlich arbeiteten. Und im Kampf gegen AIDS/HIV werde man mit Geldern aus den USA unterstützt. Homophobie sei oft unterschwellig in der Gesellschaft vorhanden und drücke sich durch alltägliche Benachteiligungen aus, zum Beispiel wenn Menschen aufgrund ihrer sexuellen Neigung aus der Wohnung vertrieben würden. Auch könne es passieren, dass man aufgrund der Homosexualität im Gefängnis lande. Um dort wieder herauszukommen, brauche man viel Geld. Ein Problem gebe es jedoch vor allem mit den Medien, in denen eine große Scheinheiligkeit herrsche. Wenn seine Organisation Veranstaltungen plane, würden die Medien entweder gar nicht erscheinen und/oder auch nicht darüber berichten. Sollten sie dennoch berichten, seien dies oft sehr einseitige Berichte.

Die Vertreter der anderen drei Menschenrechtsorganisationen (**LIDHO, MIDH, APDH**) betonten, dass sie sich insgesamt in ihrer Gesellschaft für mehr Frieden und Gerechtigkeit einsetzten. Ziel sei Frieden und Demokratieförderung. Sie freuten sich sehr über diesen Besuch, da sie sich Unterstützung aus dem Ausland erhofften. Vor allem finanziell sei ihre Situation sehr schwierig, da sie keine staatliche Unterstützung erhielten. Die Arbeitsschwerpunkte der drei Organisationen liegen in den Bereichen Gefangenenbetreuung, Menschenrechtsarbeit in Schulen, Frieden und Wiederaufbau, Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und Kampf gegen die Straflosigkeit. Vor allem den gewalttätigen Auseinandersetzungen nach den Wahlen 2010 komme es nun darauf an, Friedensarbeit zu leisten. Je weniger Geld sie hätten, desto weniger Projekte könnten sie jedoch anbieten und seien deshalb dringend auf weitere Geldquellen angewiesen. Sehr wichtig, so die NGO-Vertreter, sei die Arbeit in den Schulen. Es komme darauf an, schon junge Leute für Menschenrechte und Demokratie und gegen die Anwendung von Gewalt zu sensibilisieren. Im Bereich der Sicherheit aber auch im Bereich der WSK-Rechte gebe es ein großes Manko und der Staat komme seinen Verpflichtungen nicht nach. Hier seien deshalb auch die Organisationen der Zivilgesellschaft gefragt.

Der Vertreter der ältesten Menschenrechtsorganisation in Côte d'Ivoire, **LIDHO**, die 1987 gegründet wurde, erklärte, bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen nach den Wahlen 2010 habe man Angst um das ganze Land gehabt. Es sei zu massiven Menschenrechtsverletzungen gekommen und die Brutalität sei kaum zu überbieten gewesen. Menschen seien die Kehle aufgeschnitten, der Bauch aufgeschlitzt und viele Leichen seien verbrannt worden. Vor allem der Osten und der Norden des Landes seien betroffen gewesen. Das Problem von seiner Organisation sei, dass sie zu 80 Prozent von ausländischen Geldgebern abhängig sei. Ihnen sei aber daran gelegen, möglichst unabhängig zu werden und andere Geldquellen zu erschließen.

Der Vertreter von **APDH** betonte, seine Organisation lege auch großen Wert darauf, die Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und gegen Straffreiheit vorzugehen. Alle, die Menschenrechtsverletzungen begingen, auch Regierungsmitglieder, müssten bestraft werden. Es dürfe keine „Siegerjustiz“ geben. Die Täter auf beiden Seiten müssten bestraft werden und die Bestrafung dürfe nicht dazu benutzt werden, den politischen Gegner loszuwerden.

Zu der Nachfrage von **Abg. Meißner** nach der Kooperation der Menschenrechtsorganisationen mit CERAP und von **Abg. Jüttner** nach dem Verhältnis zwischen den Organisationen und den Medien, erklärte der **Direktor von CERAP**, seine Einrichtung verstehe sich als ein Berufsausbildungszentrum für Menschenrechts- und Mediationsthemen. Man biete verschiedene Kurse sowohl im Zentrum selber als auch vor Ort an. Es gebe Alphabetisierungskurse und Vertreter von CERAP gingen in die Gemeinden, um dafür Werbung zu machen und die Menschen über das Kursangebot zu informieren. Ein sehr ambitioniertes Projekt sei zudem ein computergestützter Fernlehrgang. Kurse zu Ethik und Regierungsführung bildeten Schwerpunkte des Zentrums. Das Verhältnis zu den Medien sei sehr gut. Im Fernsehen habe es bereits einen Film über das Ausbildungszentrum gegeben. Wenn CERAP zu Veranstaltungen einlade, kämen die Medien und berichteten. Auch der Vertreter von **MIDH** betonte, das Verhältnis zu den Medien sei nicht schlecht, eher ambivalent. Je nach Regierung verbessere sich das Verhältnis, manchmal sei es auch so, dass die Medien Unterstützung bei ihnen suchten. Der Vertreter von **LIDHO** erklärte, das Verhältnis zu den Medien sei aus Sicht seiner Organisation etwas schwieriger. Kontakte zum Fernsehen gebe es gar nicht. In Côte d'Ivoire wolle keiner mit ihnen sprechen. Lediglich ausländische Medienvertreter wie zum Beispiel von der Deutschen Welle oder Vertreter von UNOCI seien bereit, mit ihnen zu kommunizieren und zu berichten.

Zu der Einschätzung der Versöhnungsarbeit und der Arbeit der Nationalen Kommission befragt, äußerte sich der Vertreter von **APDH** sehr skeptisch. Die Zusammensetzung der Kommission sei problematisch, da lediglich Politiker in ihr säßen. Die Zivilgesellschaft sei nicht vertreten und über die Arbeit selbst werde nichts berichtet. Inzwischen sei ein Jahr nach Einsetzung der Kommission vergangen und nichts passiert. Aus ihrer Sicht sei die Versöhnung lediglich eine „Fassade“. Die Kommission schweige sich aus zu allen Menschenrechtsverletzungen, sowohl den alten als auch den aktuellen.

Zu der Frage nach der Situation in Polizeistationen und Haftanstalten erklärt der Vertreter von **MIDH**, es sei weiterhin problematisch, dass ein Großteil der Gefangenen Untersuchungshäftlinge seien und noch keinem Richter vorgeführt worden seien. Die Verhältnisse in den Haftanstalten seien unvorstellbar schlecht, selbst in den sogenannten „besseren“ Gefängnissen. Laut Gesetz müsse der Gefangene nach 48

Stunden einem Haftrichter vorgeführt werden und habe einen Anruf frei, zum Beispiel, um einen Anwalt anzurufen. Das Problem liege jedoch darin, dass es so gut wie keine Anwälte in Côte d'Ivoire gebe. Lediglich in der Hauptstadt gebe es Anwälte. Dies gelte im Übrigen für viele Bereiche in Côte d'Ivoire, dass die de jure-Situation in Ordnung sei, die de facto-Situation jedoch nicht.

2.1.2. Frauenorganisationen

Ebenso wie die Vertreter der Menschenrechtsorganisationen zeigten sich die Vertreterinnen der Frauenorganisationen Côte d'Ivoires sehr dankbar und erfreut über den Besuch der deutschen Delegation. Folgende Organisationen waren vertreten: **Association des Femmes Juristes de Côte d'Ivoire (AFJCI)**, **PLAYDOO** (zur Förderung von weiblichen Kandidaturen bei Wahlen), **Organisation des Femmes Actives de Côte d'Ivoire (OFACI)** sowie die Leiterin des Projektes „**projet à l'Institut de la Dignité es des Droits Humains**“ (**IDDH**), das im CERAP durchgeführt wird.

Eines der wichtigsten Themen war das der Genitalverstümmelung an Frauen und Mädchen (FGM), die zwar in Côte d'Ivoire gesetzlich verboten sei, trotzdem aber in muslimischen Gemeinden, vor allem auf dem Land, durchgeführt und mit großen Beschneidungsfesten begangen werde. Den Angaben der Organisationen zufolge habe das Verbot der Beschneidungen dazu geführt, dass sie an jüngeren Mädchen durchgeführt werde, nicht aber an Säuglingen. Die Organisationen betonten unisono, dass die Gleichstellung von Menschenrechten und Frauenrechten sehr wichtig sei und auch bei ihnen im Lande dazu geführt habe, dass die Frauenrechte in der gesamten Gesellschaft in Côte d'Ivoire gestärkt worden seien. Es gelte, Frauen und auch Kinderrechte stärker zu fördern und zu schützen. Dazu sei es notwendig, die zivile Erziehung den Unterricht an den Schulen zu verbessern und Kinder und Jugendliche dort auf dieses Thema aufmerksam zu machen. Die Organisation **OFACI** dokumentiert Gewalt gegen Frauen und publiziert die Ergebnisse viermal pro Jahr. Ebenso wie **AFJCI** setzt sich auch **OFACI** dafür ein, dass die Genitalverstümmelung an Frauen und Mädchen beendet wird. In diesem Bereich gebe es eine große Lücke zwischen der positiven rechtlichen Lage, dem Verbot von Genitalverstümmelung, und der realen Situation. Ihr Ziel sei es deshalb, auch mit Hilfe der neuen Nationalversammlung ein Gesetz durchzubringen, das das Verbot der Genitalverstümmelung spezifischer macht, und gleichzeitig eine Debatte über dieses Thema landesweit zu führen. Die Menschen müssten für dieses Thema sensibilisiert werden. In den muslimischen Gemeinden des Landes pralle dieses Gesetz auf eine Kultur, die die Genitalverstümmelung als notwendig ansehe. (In dem Gespräch mit dem Minister für Menschenrechte wurde diese Situation noch einmal bestätigt.)

Ein weiterer Bereich, in dem die Frauenorganisationen tätig sind, ist der Bereich der Gesundheit. Noch immer gebe es in Côte d'Ivoire eine sehr hohe Müttersterblichkeit, da Frauen bei der Geburt oft alleine seien, nicht einmal eine Hebamme zur Verfügung stehe und in den seltensten Fällen die Möglichkeit eines Kaiserschnittes bestehe. Und selbst wenn, wie zum Beispiel in Abidjan, es Ärzte gebe, die einen Kaiserschnitt durchführen könnten, könnten sich die betroffenen Frauen einen solchen nicht leisten. Die Forderung der NGOs sei deshalb, dass medizinisch erforderliche Kaiserschnitte für die betroffenen Frauen kostenlos sein müssten. Ein weiteres Problem sei, dass Frauen, die Opfer von Vergewaltigung geworden sind, ein ärztliches Attest hierfür beilegen müssten, das sie aber nicht bezahlen könnten. Ein solches Attest koste 90 Euro und sei völlig unbezahlbar. Allein im Zeitraum Januar bis Mai 2012 seien bei

OFACI 156 Vergewaltigungen von Frauen gemeldet worden. Gewalt gegen Frauen, vor allem sexuelle und sexualisierte Gewalt, sei in Côte d'Ivoire weit verbreitet. Ein weiteres Problem sei, dass Frauen oft nicht wüssten, dass sie ihre Kinder nach der Geburt registrieren müssten und diese dann aufgrund der fehlenden Registrierung später nicht zur Schule gehen könnten. Hinzu komme das Problem, dass in der Krise im Jahre 2002 die Kinder weder 2002 noch 2003 eingeschult werden konnten. Die Vertreterinnen von **AFJCI** und **IDDH** ergänzten, dass sich diese Situation nach der Krise 2010/2011 noch verschärft habe und man vor allem das Problem der fehlenden Geburtsurkunde an das Justizministerium herangebracht habe. Noch sei aber keine Lösung in Sicht. Die mangelnde Registrierung und somit fehlende Schulbildung führten zu einer Zunahme von Kinderarbeit. Hinzu komme, dass vor allem im Landesinneren Frauen, die nicht mit den Vätern der Kinder verheiratet seien, die Kinder nicht registrieren lassen könnten. Dies müssten die Väter tun, die es aber oft nicht machten. Insgesamt, so die Vertreterinnen der NGOs, sei es aus ihrer Sicht nicht so, dass die Regierung sich nicht mit Frauenrechten auseinandersetzen wolle, aufgrund der dauerhaften politischen Krise und Instabilität des Landes habe man jedoch den Eindruck, dass Frauenrechte und Menschenrechte „hinten runter fielen“.

Abtreibungen, so die NGO-Vertreterinnen auf Nachfrage, seien in Côte d'Ivoire verboten, es sei denn, es gebe eine medizinische Indikation. In Ausnahmefällen könne Vergewaltigung ein Grund für einen Schwangerschaftsabbruch sein, dies sei aber ein sehr langwieriges Verfahren. Die Vertreterin von **PLAYDOO** ergänzte, problematisch sei, dass nach einer Vergewaltigung die Frauen häufig von ihrer Dorfgemeinschaft verstoßen würden und dann ganz alleine für sich und das Kind sorgen müssten. Die Situation während und nach den Wahlen 2010 sei sehr hart gewesen, da es in der Zeit noch mehr Gewalt gegen Frauen als sonst in Côte d'Ivoire gegeben habe. Und auch hier gelte, dass die de jure-Situation gut sei, da Vergewaltigung in Côte d'Ivoire strafbar sei. De facto sei es jedoch schwierig, die Täter zu ermitteln und die Betroffenen zu einer Aussage zu bewegen. Auch habe Côte d'Ivoire sehr viele internationale Konventionen und Vereinbarungen ratifiziert, tatsächlich würden diese jedoch nicht umgesetzt. Ihre Organisation, so die Vertreterin von **OFACI**, habe deshalb Plakate produziert mit Hinweisen auf alle internationalen Konventionen, zu deren Einhaltung sich die Regierung Côte d'Ivoires verpflichtet habe. Auch habe man hierüber eine Informationsbroschüre erstellt und verteilte diese an Schulen und in den Gemeinden. Es komme darauf an, so die Vertreterin von **IDDH**, eine neue demokratische Kultur aufzubauen und zu verbreiten.

2.1.3. Gespräch mit Bischof Kutwa, Erzbischof von Abidjan, Georges Adon Monnet, Vertreter von Sant'Egidio und Venance Konan, Journalist

Zum Abschluss der Reise traf sich die Delegation mit dem **katholischen Erzbischof von Abidjan, S. E. Monsignore Jean-Pierre Kutwa**, dem ivorischen **Vertreter von Sant'Egidio M. Georges Adon Monnet**, sowie dem **Generaldirektor der Tageszeitung Fraternité Matin, Venance Konan**. Eingeladen war zudem der Vorsitzende der muslimischen Moscheevorbeter (Imame), dieser konnte jedoch wegen des gleichzeitigen Freitagsgebets nicht teilnehmen.

Während des Gesprächs kristallisierte sich heraus, dass der Journalist Venance Konan eher pro Ouattara war und den guten politischen Willen des neuen Präsidenten hervorhob, Kutwa und Monnet jedoch eher kritisch waren mit Blick auf die Versöhnungsbereitschaft des regierenden Präsidenten und seiner Gefolgsleute.

Bischof Kutwa betonte, dass die Regierung an dem Versöhnungsprozess aktiv mitwirken müsse, es jedoch letztlich auch Sache eines jeden einzelnen in der Bevölkerung sei, sich für Frieden und Versöhnung stark zu machen. Die Nationale Versöhnungskommission arbeite sicherlich schwer, es wisse jedoch niemand genau, was sie tue. Dies sei ein Problem, da die Menschen zunehmend ungeduldig würden. Der Versöhnungsprozess sei auch eine Angelegenheit der Kirche, die sich hierbei stark engagieren müsse. Er selbst werde sich mit allen Mitteln für die Versöhnung einsetzen.

Der Journalist **Venance Konan** gab zu Bedenken, dass bei dem Aussöhnungsprozess auch überlegt werden müsse, wer mit wem ausgesöhnt werden müsse. Auf jeden Fall sei man in einer glücklicheren Situation als damals Ruanda, wo es einen Völkermord gegeben habe. Verglichen damit, sei man noch einmal relativ gut davongekommen. Er selbst sei vier Monate im Ausland gewesen und nur knapp dem Tod entgangen. Zum Glück seien die Kämpfe in Côte d'Ivoire schnell vorbei gewesen. Laut UN-Schätzungen habe es etwa 3.000 Tote gegeben, was schon sehr viel sei, aber im Vergleich zum Nachbarland Liberia oder auch im Vergleich zu Ruanda nicht viel. Problematisch sei bei dem Aussöhnungsprozess, dass die Angehörigen des alten Präsidenten weiterhin glaubten, dass der derzeitige Präsident illegal im Amt sei. Diese Personen wollten keine Aussöhnung. Ihr Ziel sei es letztlich, Gbagbo erneut als Präsident einzusetzen. Wichtig sei, dass die Täter vor Gericht kämen. Mit Blick auf die großen politischen Gräben, die in diesem Land zu sehen seien, sei er sehr skeptisch, was die Aussöhnung betreffe. Die Gbagbo-Anhänger seien so lange nicht zur Aussöhnung bereit, wie Gbagbo in Haft ist.

Der **Delegationsleiter** warf ein, dass der Prozess gegen Gbagbo beim Internationalen Strafgerichtshof außerordentlich wichtig sei. Die strafrechtliche Aufarbeitung der Verbrechen sei jedoch nur eine Seite, auf der anderen Seite müsse die Versöhnung hinzukommen. Es habe Opfer auf beiden Seiten gegeben. Wenn ohnehin angenommen werde, dass es sich um eine „Siegerjustiz“ handle, könne die Nationale Kommission kaum erfolgreich sein. **Konan** gab zu Bedenken, dass der, der zu Gericht sitze, immer der Sieger sei. Beide Seiten seien aber in die Verbrechen verstrickt gewesen. Man müsse den Bericht der Kommission abwarten, um zu wissen, wer was getan hat. Auch er äußerte sich skeptisch zu der Nationalen Kommission, die aus seiner Sicht noch immer nicht in der Mitte der Gesellschaft angekommen sei, unter anderem deshalb, da keiner wisse, was sie genau mache.

Der **Vertreter von Sant'Egidio, Adon Monnet**, erklärte, die Krise in Côte d'Ivoire sei sehr schwierig gewesen und alle Beteiligten hätten gelitten. Wie man aus anderen Krisenregionen, wie zum Beispiel Ruanda, Kosovo, Liberia wisse, gelte auch hier, dass die Annäherung nicht über Nacht komme, sondern man eine sehr lange Zeit benötige. Seine Organisation verstehe sich auch als eine diplomatische Organisation, die auf einer christlichen Basis die Versöhnung der Menschen fördern wolle. Seine Organisation sei dort, wo Menschen leiden, Politiker aber litten nicht. Es seien stets die Armen, die leiden und die Politik kümmere sich nicht darum. Zunächst müssten die Menschen etwas zu essen haben, dann gehe es darum die Rechtsstaatlichkeit zu sichern. Aus seiner Sicht könne die Nationale Kommission nichts zur Aussöhnung beitragen. Sie säße lediglich im Büro und tue nichts. Eines der größten Probleme seit der Krise sei die wachsende Anzahl von Straßenkindern. Sie habe sich verdoppelt bis gar verdreifacht seit Ausbruch der Krise. Dies interessiere die Politiker aber nicht.

Mit dem Bischof stimme er in der Einschätzung überein, dass jeder Einzelne Verantwortung trage und sich fragen müsse, ob er als Christ genug getan habe, um die Krise abzuwehren. Jetzt gehe es darum, zu klären, inwieweit man der Regierung Ouattara helfen könne, um die Aussöhnung voranzutreiben und das Land vorwärts zu bringen. Sant'Egidio habe ein Manifest gegen Gewalt formuliert, das man in den Schulen veröffentlichen wolle. Man müsse jetzt gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen arbeiten und in die Zukunft schauen und zusammen mit der Regierung die Situation verbessern. **Bischof Kutwa** ergänzte, in den Medien werde stets nur von betroffenen Politikern gesprochen, die gewalttätigen Auseinandersetzungen in Côte d'Ivoire hätten jedoch jeden Ivorer getroffen. Die Folge sei, dass diese sich nun mit großem Misstrauen gegenseitig beäugten. Auch er meine, dass die Schuldigen aus beiden politischen Lagern bestraft werden müssten, und nicht einseitig Siegerjustiz verübt werden dürfe. Es sei schließlich nicht so gewesen, dass auf der einen Seite Gewalt geherrscht habe und auf der anderen Seite Blumen gestreut wurden. Langfristig sei es notwendig, in Côte d'Ivoire Eliten zu bilden und mit deren Hilfe einen demokratischen Staat aufzubauen. Letztendlich gebe es lediglich die Gerechtigkeit aus der Hand Gottes, aber für diejenigen, die eine internationale Gerechtigkeit haben wollten, sei es notwendig, Strafen zu verhängen. Beide Seiten müssten sich zu ihre Taten bekennen und bereit seien, die angemessene Strafe anzunehmen.

Auf die Frage des **Botschafters**, inwieweit Präsident Ouattara tatsächlich beide Seiten bestrafen werde, erklärte **Konan**, dass dies zwar wünschenswert sei, aber wenn Ouattara dies tatsächlich tue, müsste er den Ast absägen, auf dem er sitze. Hier sei die Frage, ob man das tatsächlich wolle. **Bischof Kutwa** gab zu Bedenken, dass für eine tatsächliche Aussöhnung notwendig sei, die Menschen zusammen zu bringen und eine gemeinsame Zukunftsperspektive aufzuzeigen. Tatsächlich könne eine Bestrafung beider Seiten dazu führen, dass Ouattaras Ast, auf dem er sitzt, abgesägt werde. Aber ohne dies, werde es keine Versöhnung geben.

Auf die Nachfrage von **Abg. Graf**, wie man den jungen Leuten eine Zukunftsperspektive geben wolle, erklärte **Konan**, die Situation im Lande sei sehr komplex und dies sei eine sehr große Herausforderung. An den Universitäten sei Hass gesät worden und es habe nicht nur in jüngster Zeit, also nach den Wahlen im Jahre 2010, sondern auch schon in den Jahren seit 1999 regelmäßig Gewaltausbrüche gegeben. Die jungen Menschen seien mit einer Kultur der Gewalt und der Straffreiheit groß geworden, eine Kultur der Arbeit hätten sie nicht kennengelernt. Der Stärkere habe gesiegt, hier sei es nie um Gerechtigkeit gegangen.

Abg. Meßmer warf ein, dass das Bild mit dem Präsidenten, der auf dem Ast sitzt, etwas weiter gesehen werden müsse. Man dürfe nicht nur den Ast und die Säge sehen, sondern auch den gesamten Baum und die Wurzeln. Ihn interessiere zudem die Rolle der Medien, die in Deutschland ein wichtiges demokratietragendes und –stützendes Element seien. Auch interessiere ihn, wie die Medien über die Nichttransparenz der Arbeit der Versöhnungskommission berichteten.

Der **Vertreter von Sant'Egidio** erklärte, er glaube nicht, dass Ouattara der Ast sei, auf dem er sitze, sondern er sei der ganze Baum. Ein Politiker sei für das gesamte Volk da und Ouattara sehe sich als Vater der Nation, das wiederum mache aber das Volk zu seinen Kindern. Und wer nicht höre, müsse bestraft werden. Er könne nicht einschätzen, so **Monnet**, wie gut Ouattara tatsächlich über die Situation im Lande informiert sei. Es hänge auch viel von seinen Beratern ab. Im Übrigen sei die Presse ein Teil des Problems. Die Zeitungen richteten sich nach den politischen Lagern aus

und berichteten entsprechend. Auch die Journalisten müssten an ihr Überleben denken und müssten etwas zu essen haben, so dass sie nicht zu kritisch berichteten. In Côte d'Ivoire kaufe man sich nur die Zeitungen, die der eigenen politischen Ausrichtung entspreche. **Konan** ergänzte, für die weitere Entwicklung wäre es sehr hilfreich, wenn die Anhänger Gbagbos den Sieg Ouattaras endlich anerkennen würden. Damit wäre ein Hindernis zur Versöhnung aus dem Weg geräumt. Zu den Zeitungsberichten erklärte er, viele Zeitungen berichteten durchaus über die Armut und über die Situation der Menschen.

Zu dem Hinweis von **Abg. Gehring**, dass eine gute Bildung und Ausbildung der Schlüssel für den Frieden im Land sei und als Basis für die Zukunft des Landes fungiere, erklärte der **Vertreter von Sant'Egidio**, er stimme mit dieser Einschätzung überein und deshalb habe seine Gemeinschaft auch das Manifest zur Nichtgewalt verabschiedet. Sant'Egidio gehe an die Schulen, um gemeinsam mit den Schülern und den Lehrern für eine gewaltfreie Zukunft zu arbeiten. Noch immer seien viel zu viele junge Menschen auf der Straße unterwegs, da sie keine Ausbildung und keine Arbeit hätten. Und selbst wenn man einen Universitätsabschluss habe, sei dies kein Garant für einen Arbeitsplatz. Diese Perspektivlosigkeit in Kombinationen mit Drogen und Alkohol führten sehr schnell zu Gewalt, was auch den alltäglichen sehr hohen Gewaltpegel im Lande erkläre. **Bischof Kutwa** ergänzte, auch die Kirche tue sehr viel für die Ausbildung, da sie dieses Problem ebenfalls erkannt habe. Bildung sei der Schlüssel für die Zukunft des Landes und hier gebe es in Côte d'Ivoire leider noch ein sehr großes Defizit. Und auch hier gelte, dass die Regierung dieses Problem nicht alleine lösen könne, sondern dass alle Ivorer aufgerufen seien, hieran mitzuarbeiten. Zum Abschluss des Gesprächs betonte **Bischof Kutwa**, wie wichtig dieser Besuch für die Zivilgesellschaft und den Staat Côte d'Ivoire sei. Die Tatsache, dass die Delegation so weit gereist sei, um sein Land zu besuchen, zeige, dass die Abgeordneten und das deutsche Parlament großes Interesse an Côte d'Ivoire hätten. Dafür sei er dankbar und hoffe auch in Zukunft auf weitere Unterstützung.

3. UN-Operation in Côte d'Ivoire (UNOCI)

Zu dem Gespräch über die Situation der UN-Friedensmission in Côte d'Ivoire (UNOCI) trafen sich die deutschen Abgeordneten mit dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für UNOCI, **Albert Gerard Koenders**. Dabei wurde sehr deutlich, dass trotz grenzüberschreitender Ethnien es einen großen Unterschied in der Situation beider Länder gibt, da es in Côte d'Ivoire keinen jahrzehntelangen Bürgerkrieg wie in Liberia gegeben hat. Vergleichbar ist allerdings, dass beide UN-Friedensmissionen sich heute in einem Post-Konflikt-Szenario befinden und Teil eines Friedenskonsolidierungsprozesses sind. In Côte d'Ivoire geht es zudem ebenso wie in Liberia darum, den Sicherheitssektor zu reformieren, die Kapazitäten des Staates aufzubauen und zu stärken, die sexuelle Gewalt zu reduzieren, das hohe Waffenaufkommen zu beseitigen und den Versöhnungsprozess voranzubringen. In Côte d'Ivoire liegt die Stärke der Friedensmission der Vereinten Nationen bei etwa 11.000 Soldaten und Polizisten und das Jahresbudget von Juli 2011 bis Juni 2012 lag bei etwa 500 Millionen US-Dollar. Ebenso wie in Liberia hat für Côte d'Ivoire der UN-Sicherheitsrat den Einsatz der Friedensmissionen durch Sanktionsregime ergänzt. Zunehmend wird versucht, eine Kooperation zwischen den beiden UN-Friedensmissionen in den Nachbarländern zu erreichen. Während Deutschland mit fünf Polizisten an der UNMIL-Mission in Liberia beteiligt ist, ist sie an UNOCI weder militärisch noch polizeilich involviert. Allerdings ist sie der viertgrößte Beitragszahler, mit etwa acht Prozent des Gesamtbudgets. Das UNOCI-Mandat besteht seit

Februar 2004 und umfasst als Hauptaufgabe den Schutz der Zivilisten inklusive des Selbstschutzes der VN-Einrichtungen im Lande sowie die Unterstützung für den DDR-Prozess (Demobilization, Disarmament, Reintegration - Es geht darum, ehemalige Kämpfer zu entwaffnen und ihnen den Weg ins zivile Leben zu ebnen.), die Reform des Sicherheitssektors und Wiedereinsetzung der Staatsverwaltung sowie Ausweitung der staatlichen Autorität auf das ganze Land. Zudem soll UNOCI die Grenzüberwachung und die Überwachung des Waffenembargos unterstützen. Der **Delegationsleiter** erklärte, die vorangegangenen Gespräche in Côte d'Ivoire hätten gezeigt, dass in die Person Koenders große Hoffnung und großes Vertrauen gesetzt werde. Vor allem die Vertreter der Opposition hätten betont, dass er der erste gute UN-Sonderbeauftragte sei.

Koenders erläuterte, trotz der jüngsten Vorfälle, bei denen sieben UN-Soldaten getötet wurden, betrachte er die Situation in Côte d'Ivoire als stabil. Das Land habe ein großes Potential, müsse aber vor allem die hohe Arbeitslosigkeit bekämpfen. In der Bevölkerung sehe er jedoch einen starken Willen, nach den Unruhen und Ausschreitungen infolge der letzten Wahlen einen Neuanfang zu starten und positiv in die Zukunft zu blicken. Dieses Potential gelte es zu nutzen. Côte d'Ivoire sei ein hochpolitisches Land und noch immer sehr fragil. Noch immer gebe es hohe Spannungen zwischen den einzelnen Ethnien und derzeit sei man in einer Situation, in der weder von Frieden noch von Krieg gesprochen werden könne. Das Land nun allein zu lassen und die UN-Friedensmission abzuziehen, wäre verfrüht und würde die reale Situation ignorieren. Der Schwerpunkt der UN-Friedensmission müsse in der Sicherheit der Menschen und in der Reform des Sicherheitssektors liegen. Armee und Polizei des Landes müssten besser aufgestellt werden und den Menschen müsse die Sicherheit vermittelt werden, einen normalen Alltag leben zu können. Die UN-Friedensmission sei jedoch finanziell limitiert, was die Arbeit manchmal erschwere. Schwierig sei aus seiner Sicht auch der Dialogprozess zwischen Regierung und Opposition. Zur Versöhnung beider Seiten beizutragen, sei auch eine der Aufgaben der UN-Friedensmission. Um zur Verstetigung und zum Aufbau der Infrastruktur im Lande zu gelangen, benötige man noch einige Jahre weiteres Engagement. Wichtig sei vor allem der Aufbau und die Stabilität des Sicherheitssektors, hier sei man aber auch finanziell eingeschränkt.

Auf die Nachfrage der **Delegationsleitung**, welches Engagement er sich von Deutschland erhoffe, das zum Beispiel über das finanzielle Engagement hinausgehe, erklärte **Koenders**, es müsse gesehen werden, dass der Frieden in Côte d'Ivoire noch sehr fragil sei und es im Interesse der Staatengemeinschaft sein müsse, das Land dauerhaft zu stabilisieren, um zu einer Stabilität in der gesamten Region zu kommen. Die Lage in Côte d'Ivoire habe direkten Einfluss auf die Situation in Mali, in Guinea und in Liberia. In der gesamten Region seien die Arbeitsmöglichkeiten vor allem für Jugendliche außerordentlich schwierig und die Gefahr, dass sie zu Kindersoldaten rekrutiert würden, sehr groß. Gerade mit Blick auf Mali habe man derzeit große Sorgen und fürchte eine weitere Destabilisierung der Region. 40 Prozent des Wirtschaftseinkommens in dieser Region komme aus der Elfenbeinküste. Dies führe natürlich auch zu einer großen Wanderungsbewegung zwischen den Ländern in Richtung Côte d'Ivoire. Aus seiner Sicht sei es deshalb notwendig, ein starkes Mandat für eine UN-Mission in Mali zu bekommen. Aus seiner Sicht sei Mali ein sehr gefährliches Land, was sich auf die Gesamtregion auswirken werde. Nach den Erfolgen der Entwaffnung der Bevölkerung in Côte d'Ivoire befragt, erklärte **Koenders**, es sei sehr schwierig die Menschen davon zu überzeugen, ihre Waffen abzugeben. Insgesamt erhoffe er sich von Deutschland und von der EU ein stärkeres Engagement in

dieser Region Afrikas. Er würde sich deshalb freuen, wenn die Abgeordneten diese Botschaft mit nach Berlin nehmen könnten und der Regierung übermitteln könnten.

Der **Delegationsleiter** erklärte, er würde sich freuen, wenn Koenders nach Berlin kommen könne, um im Menschenrechtsausschuss über seine Arbeit zu berichten.

4. Regierung und Opposition

4.1. außenparlamentarische Opposition

Bei einem Mittagessen tauschten sich die deutschen Abgeordneten mit Vertretern der außenparlamentarischen Opposition aus. Beteiligt waren **Prof. Mamadou Koulibaly**, ehemaliger Präsident der Nationalversammlung und Präsident der Partei LIDER, Frau **Ago Marthe Amon**, Mitglied von CNRD und Mitglied des Sekretariats der FPI (frühere Regierungspartei), **Georges Temanin** (CNRD), **M. Oulai Bernard Tiabas** (Vizepräsident von CNRD) und **Mme Guiehoa Mariatou**, Gewerkschaftsvertreterin.

Die drei Vertreterinnen und Vertreter der **CNRD** vertraten weiterhin eindeutig die Position des ehemaligen Präsidenten Gbagbo und betonten, dieser habe die Präsidentschaftswahlen 2010 gewonnen und Präsident Ouattara sei illegal und nur mit ausländischer Waffengewalt an die Macht gekommen. In der Zeit seit der Machtübernahme habe er zudem nichts unternommen, um die nationale Versöhnung voranzubringen. Im Land gebe es weiterhin eine große Unsicherheit und Ouattara tue nichts, um die Situation zu verbessern. Es gebe eine Siegermentalität und die Täter aus dem Reihen Ouattaras bei den Unruhen im Umfeld der Wahlen würden nicht bestraft. Im Grunde sei die Repression unter Ouattara noch verschärft worden, so die Vertreterinnen und Vertreter von CNRD. Man wisse sehr genau, was Demokratie sei, da man in Europa studiert habe. Der Zustand in Côte d'Ivoire sei jedoch keinesfalls der eines Rechtsstaates und einer Demokratie. Die Situation in Côte d'Ivoire sei „sehr traurig“ und das Land gehöre nicht der Regierung sondern der Opposition.

Der Vertreter von **LIDER**, **Prof. Koulibaly**, äußerte sich etwas differenzierter. Er erkannte die Machtübernahme durch Ouattara an, betonte aber auch, dass der Präsident die Verfassung und die Regeln, die für die staatlichen Institutionen gelten, ignoriere. Es gebe eine große Unsicherheit in der Bevölkerung, aber auch gewisse Hoffnung, da die Vereinten Nationen sich in Côte d'Ivoire engagierten. Diese bemühten sich, Opposition und Regierung zu Gesprächen zusammenzubringen.

Die **Vertreterin der Gewerkschaften** erklärte, das Land sei weiterhin sehr unsicher und im Norden gebe es Straßensperren, bei denen Reisende eine Art „Maut“ zahlen müssten, um passieren zu dürfen. Auf diese Art finanzierten sich die Rebellen. Solange das Land so unsicher sei, sei es schwierig, ausländische Investoren zu finden, um die soziale Situation zu verbessern und die Armut im Lande zu mildern. Noch immer gebe es große soziale Ungleichgewichte. Sie plädierte dafür, der Entwaffnung höchste Priorität einzuräumen. Das Land müsse sicherer werden, um auch politisch und wirtschaftlich voranzukommen. Angesichts steigender Preise in der Elfenbeinküste stiegen auch Armut und Hunger und zunehmend würden Kinder nicht mehr die Schule besuchen. In der Regel seien die Gewerkschaftsangehörigen etwas sicherer vor Entlassung, aber inzwischen würden auch die Gewerkschaftsvertreter entlassen. Côte d'Ivoire habe zwar internationale Konventionen, auch die der ILO, unterschrieben, halte sich jedoch nicht daran und setze sie nicht um.

In der Diskussion betonte der **Delegationsleiter**, dass es für Außenstehende schwer sei, die Situation einzuschätzen und man deshalb dankbar sei, die verschiedenen Standpunkte und Perspektiven dargelegt zu bekommen. Sicher sei aber auf jeden Fall, dass das Land weder der Opposition noch der Regierung gehöre, sondern den Menschen. Teil einer Demokratie sei, das Wahlergebnis anzuerkennen, zumal es auch international anerkannt worden sei. In Demokratien gebe es immer wieder Wechsel zwischen Regierung und Opposition und auch wenn einem das Wahlergebnis nicht gefalle, müsse man es anerkennen.

Koulibaly von LIDER erklärte, er erkenne das Wahlergebnis durchaus an, der Sieger müsse aber auch die Rechte der Besiegten schützen und diese nicht „platt machen“ und verfolgen. Aus seiner Sicht fördere Ouattara jedoch lediglich eine ethnische Gruppe und rechtfertige dies mit deren vorheriger Benachteiligung. Die **CNRD**-Vertreterinnen und Vertreter verwiesen erneut darauf, dass Ouattara illegal an der Macht sei und Gbagbo eine Neuauszählung vorgeschlagen habe, die aber abgelehnt worden sei. Dem Volk sei mit Gewalt ein neuer Präsident präsentiert worden und es sei klar, dass eine Folge davon Menschenrechtverletzungen und Rechtsverletzungen erfolgten. Demokratie und Menschenrechte seien aber keinesfalls lediglich Werte des Westens, sondern hätten auch in Côte d'Ivoire eine lange Geschichte.

Abg. Meßmer erklärte, er sei überrascht, dass bei diesem Treffen auch eine Vertreterin der Gewerkschaft zugegen sei. Er selbst komme aus der Gewerkschaftsbewegung und freue sich über einen gegenseitigen Austausch und die Möglichkeit, sich international gegenseitig zu helfen. Zu der Situation des inhaftierten Gewerkschafters, Mahan Gahé Basile, nach dem Abg. Meßmer gefragt hatte, wollte die Gewerkschaftsvertreterin allerdings keine Auskunft geben. Sie erklärte aber, auch sie habe Interesse an internationaler Vernetzung und ihre Gewerkschaft sei Mitglied im internationalen Gewerkschaftsbund.

4.2. Minister für Menschenrechte, Mamadou Coulibaly, und Médiateur de la République, Tanoh Daoudo

Das Gespräch mit dem **Minister für Menschenrechte, Mamadou Coulibaly**, und dem **Médiateur de la République, Tanoh Daoudo**, war dominiert von dem Minister. Bei den angesprochenen Themen, u. a. Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen, Frauenrechte, Situation in den Gefängnissen, häusliche Gewalt, war auffällig, dass der Minister zwar relativ offen darüber sprach, den Begriff Genitalverstümmelung selbst aber nie benutzte. Er sprach stattdessen von Beschneidung.

Coulibaly betonte, er finde es gut, dass sich die deutschen Abgeordneten auch mit der Menschenrechtssituation in anderen Ländern befassen und auch in seinem Land sei die Situation der Frauen ein zentrales Thema, dies gelte vor allem für die ländlichen Gebiete. Leider sei die rechtliche Lage weitaus besser als die tatsächliche Situation der Frauen. Frauen müssten vor allem über ihre Rechte informiert werden. In Côte d'Ivoire gebe es ein Gesetz gegen Ausbeutung von Frauen und Mädchen vor allem auch im Prostitutionsbereich und im Dienstleistungsbereich. Langfristig sei eine bessere Bildung und Ausbildung notwendig, wofür man auch mehr Schulen und bessere Lehrer brauche.

Die Beschneidung von Mädchen sei gesetzlich verboten. Auch die Verfassung von Côte d'Ivoire halte fest, dass jeder Mensch das Recht auf körperliche Unversehrtheit habe. Dennoch sei die Beschneidung im Norden und Osten des Landes noch weit

verbreitet, und man habe deshalb eine große Kampagne gestartet, die sich vor allem an die Beschneiderinnen wende und versuche, ihnen andere Einkommensmöglichkeiten aufzuzeigen. Denn bei der Diskussion um die Beschneidung müsse auch die Situation der Beschneiderinnen gesehen werden, die von irgendetwas leben müssten. Gemeinsam mit UNOCI gebe es die sogenannte „Karawane der Menschenrechte“ und man zeige den Film „Die Geisel“. Man wolle möglichst viele Betroffene informieren, um die Situation zu verbessern und auch die Ausbildung der Kinder müsse vorangebracht werden. Wer die Menschenrechte befördern wolle, müsse gegen die Unwissenheit der Menschen vorgehen und oft auch gegen kulturelle Hemmnisse. Für viele Eltern bedeute die Beschneidung die Aufnahme der Kinder in das Leben, also eine sogenannte Initiierung. Die Elfenbeinküste habe die Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte der Vereinten Nationen in die nationale Verfassung aufgenommen und auch entsprechende Gesetze erlassen. Es gebe also kein rechtliches Vakuum, sondern das Problem liege in der Umsetzung.

Auf die Nachfrage von **Abg. Graf**, ob er auch von Genitalverstümmelungen an Babys wisse und wie es mit der Bestrafung der Frauen sei, die diese vornehmen, erklärte der Menschenrechtsminister, ihn überrasche diese Frage, da seines Wissens nach lediglich Mädchen im Alter zwischen zwei und sieben Jahren beschnitten würden, nicht aber Babys. Die Tradition schreibe nämlich vor, dass die Mädchen zu dem Ort der Beschneidung laufen müssen. Gebe es jedoch Beschneidungen an Babys, so hätten diese eine hohe Bestrafung zur Folge. Er selbst sei Richter und habe einmal eine Beschneiderin zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Sie sei sehr alt gewesen und die Strafe sollte lediglich ein Signal sein. Die Gemeinschaft, aus der diese Frau kam, habe diese Strafe überhaupt nicht verstanden und sie als eine Bestrafung ihrer Tradition gesehen. Solche Urteile seien durchaus notwendig, aber wichtig sei auch die Sensibilisierung. Erst müsse es eine solche Sensibilisierung geben, dann Bestrafung. Derzeit empfänden die Menschen eine Bestrafung für Beschneidung noch als ungerecht. Auch müssten Männer in diesen gesamten Prozess mit einbezogen werden, da sie es seien, die sich der Kultur verpflichtet fühlten und unbeschnittene Frauen ablehnten. Aus Männersicht sei die Beschneidung ein „Garant der Treue“.

Auf die Frage von **Abg. Groth** nach der sogenannten „Siegerjustiz“, die die Regierung laut Opposition betreibe, erklärte er, während der Krise seien schwere Menschenrechtsverletzungen begangen worden und einige Oppositionelle säßen auch im Gefängnis, nicht aber wegen der Menschenrechtsverletzungen. Bisher habe es keine Strafen wegen Menschenrechtsverletzungen gegeben. Die Regierung habe eine Nationale Kommission gegründet, die bis zu 15.000 Personen befragt habe und aufgrund dieser Aussagen den Bericht verfassen werde. Erst nach Vorlage dieses Berichts könne tatsächlich bestraft werden, so dass derzeit ohnehin noch nicht von einer „Siegerjustiz“ gesprochen werden könne.

Der **Médiateur de la République, Tanoh Daoudo**, erläuterte seine Arbeit, die vergleichbar sei mit der eines Ombudsmannes. Er kümmere sich um Einzelfälle, die Menschen müssten jedoch vor den Gerichtsverfahren zu ihm kommen. Wenn es zu einer Sache bereits ein Urteil gebe, werde er nicht dagegen vorgehen. Sobald ein Gerichtsverfahren eingeleitet sei, sei es für seine Einrichtung zu spät zum Handeln. In der Regel kämen die Menschen auf ihn zu, es könne aber auch umgekehrt sein, dass er sich als Ombudsmann direkt einmische. Bei ihm gingen viele Beschwerden über Verhalten von Behörden ein und zukünftig sehe er einen großen Handlungsbedarf bei Landrechtsfragen und Grundbesitzfragen sowie bei wirtschaftlichen Investitionen, von denen Individuen betroffen seien.

Der **Minister** ergänzte, dieses Ombudssystem gebe es auch in anderen Ländern und in Côte d'Ivoire würde es als eine Form der einvernehmlichen Jurisprudenz gesehen. Er hoffe, dass gerade im Bereich der Landrechtsfragen zunehmend das Ombudssystem greife, da es besser sei, präventiv tätig zu werden, bevor der Konflikt eskaliere. Gerade bei den Grundbesitzfragen ende die Auseinandersetzung oft tödlich. Zu dem Einwurf von **Abg. Gehring**, dass das Menschenrecht auf Bildung besonders wichtig sei, da es der Schlüssel zu der Lösung vieler Probleme sei, erklärte der Minister, die Frage der Bildung sei eine, die alle Lebensbereiche angehe. Ziel sei, dass alle Menschen in allen Teilen der Gesellschaft und Regionen des Landes Zugang zu Bildung haben. Nur mit einer guten Bildung und Ausbildung könne man auch langfristig die Stabilität des Landes sichern. Und nur mit ausreichender Bildung und Ausbildung könne man tatsächlich zur Einhaltung von Menschenrechten kommen. Hier habe man noch eine große Aufgabe vor sich.

4.3. Vorstand der Nationalversammlung

Da der Parlamentspräsident selber kurzfristig absagen musste, traf sich die Delegation ohne ihn, jedoch mit dem gesamten übrigen **Vorstand der Nationalversammlung**. Das Gespräch war eher protokollarischer Art und wurde vom Parlamentsvizepräsidenten geleitet. Dieser drückte sein Bedauern aus, dass die oppositionelle und frühere Regierungspartei FPI sich nicht an den Parlamentswahlen beteiligt habe und deshalb nicht im Parlament vertreten sei. Er sei jedoch zuversichtlich, dass sie sich bei den bevorstehenden Regional- und Kommunalwahlen beteiligen werde, da sie nur so von der Parteienfinanzierung profitieren könne. Aus seiner Sicht sei die Nichtteilnahme einer Partei an Wahlen keine kluge Entscheidung. Auch die Partei des jetzigen Präsidenten Ouattara, RDR, habe sich schon einmal nicht an Wahlen beteiligt, nämlich im Jahre 2000. Insoweit hätten nun beide großen Parteien in Côte d'Ivoire die Erfahrung einer Nichtbeteiligung. Kritisch anzumerken sei, dass das Parlament sich eigentlich zum Wohle des Volkes einsetzen müsse, dies aber in Côte d'Ivoire nicht immer der Fall gewesen sei. Er hoffe sehr, dass bei den nächsten Kommunalwahlen alle aktiven Parteien sich auch an der Wahl beteiligen, denn nur so könnten sie letztlich auch einen Einfluss auf die öffentliche Meinung haben und das politische Geschehen mitbestimmen. Zu dem nationalen Aussöhnungsprozess, nach dem die **Delegation** gefragt hat, könne er nur wenig sagen, da sich das Parlament zunächst ein eigenes Programm geben müsse, bevor man in diese Richtung aktiv werden könne. Seine Partei, DRDR, werde einen Beitrag zur Aussöhnung leisten. Es werde einen gemeinsamen Standpunkt der Nationalversammlung geben und jeder einzelne Abgeordnete müsse sich aktiv an dem Aussöhnungsprozess beteiligen. Bei den anstehenden regionalen und kommunalen Wahlen werde dieses Thema auch angesprochen werden. In Côte d'Ivoire könne man übrigens auch als parteiloser Kandidat antreten und gewählt werden.

4.4. Premierminister und Justizminister, Maître Jeannot Kaouadio Ahoussou

Das Gespräch mit dem **Premierminister und Justizminister, Maître Jeannot Kaouadio Ahoussou**, war ebenfalls eher protokollarischer Art. Nachdem der Delegationsleiter das Programm der deutschen Abgeordneten dargelegt hatte, erklärte der Premierminister, nicht nur bei den letzten Wahlen 2011 habe es eine Krise gegeben, sondern bereits seit Anfang 1990 habe es immer wieder massive Probleme in Côte d'Ivoire gegeben. Der Staat sei desorganisiert gewesen und Menschenrechte deshalb nur schwer durchsetzbar. Seit Präsident Ouattara die Macht übernommen

habe, sehe er jedoch Fortschritte, zumal auch die Vereinten Nationen dabei geholfen hätten, den Prozess der Demokratisierung voranzubringen und die Menschenrechte zu stärken. Auch Deutschland spiele hierbei eine positive Rolle. Schwierig sei die Situation mit den Militärs und den Söldnern, die zur Destabilisierung des Landes beigetragen hätten und zum Teil auch noch beitrügen. Vorrangiges Ziel sei es deshalb nun, den Rechtsstaat vollständig herzustellen. Aus dem Besuch der Delegation lese er ein Interesse Deutschlands an der Entwicklung in seinem Land und er freue sich auf die Unterstützung auf dem Weg zur Demokratie. Es gebe viele Bereiche, in denen Côte d'Ivoire geholfen werden könne, unter anderem finanziell und im Bereich von Know-how. Es gebe eine lange Tradition der bilateralen Freundschaft und schon Präsident Lübke habe Côte d'Ivoire besucht.

Der **Delegationsleiter** wies darauf hin, dass man auch in Deutschland eine juristische Aufarbeitung von Verbrechen gehabt habe und gerne bereit sei, Côte d'Ivoire zu unterstützen. Auch auf parlamentarischer Ebene könne es eine Kooperation zwischen beiden Ländern geben. Abschließend betonte der **Premierminister**, sein Land sei im Aussöhnungsprozess auf gutem Wege. Er würde es sehr begrüßen, wenn es einen Gegenbesuch einer Parlamentsdelegation aus Côte d'Ivoire in Deutschland geben werde und man sich im Deutschen Bundestag wiedersehen könne.

IV. Fazit und Ausblick

In beiden Ländern wurden die deutschen Abgeordneten mit offenen Armen und großer Freude sowohl bei den Regierungsvertretern als auch bei den Nichtregierungsorganisationen und Menschenrechtsaktivisten aufgenommen. Die Gesprächspartnerinnen zeigten sich alle dankbar für die bisherige Hilfe und Aufmerksamkeit, die Deutschland den Ländern gegeben hat und setzten große Hoffnung in diesen Besuch und in zukünftige Kooperation und Unterstützung. Besonders in Liberia, das auf eine lange Tradition der Kooperation mit Deutschland zurückblicken kann, wurde sehr deutlich, dass die Liberianer den Besuch nicht nur als moralische Unterstützung der gegenwärtigen Arbeit sehen, vor allem bei den Nichtregierungsorganisationen war dies der Fall, sondern sich auch zukünftige enge Zusammenarbeit und Hilfe erwarten. In allen Gesprächen wurde betont, dass Liberia die Bewältigung seiner Probleme – auch bei noch so starkem Willen – ohne Hilfe von Außen nicht schaffen könne. In beiden Ländern wurde zudem deutlich, dass die UN-Friedensmissionen zwar langfristig personell reduziert werden sollen, an eine völlige Beendigung der Missionen jedoch vorerst nicht zu denken ist. Die Situation Staaten ist viel zu fragil und der jeweilige nationale Sicherheitssektor viel zu schwach und zu schlecht ausgerüstet. In beiden Staaten ist Gewalt, insbesondere gegen Frauen, noch weit verbreitet und Ursache von Menschenrechtsverletzungen. Eine der Ursachen liegt sicher auch in der hohen Arbeitslosigkeit und der schlechten Ausbildungssituation für Jugendliche und damit verbunden eine große Perspektivlosigkeit. Um in beiden Ländern tatsächlich und nachhaltig etwas bewirken zu können, ist ein jahrzehntelanges finanzielles und personelles Engagement der Staatengemeinschaft, aber auch einzelner Staaten, wie zum Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, erforderlich. Schlüsselbereiche in beiden Ländern sind der Sicherheits- und der Bildungssektor. Ohne eine Verbesserung in diesen Bereichen gibt es kaum eine Zukunftsperspektive. Hinzu kommt, dass, um das Vertrauen der Menschen untereinander und zu Ihren Regierungen wiederherzustellen und zu stärken, der nationale Versöhnungsprozess vorangetrieben werden muss.

Beide Länder werden stark beeinflusst durch die Entwicklungen in der Gesamtregion und zum Beispiel die aktuellen Ereignisse in Mali können sich schnell auch dort negativ auswirken. Die EU aber auch die VN müssen deshalb weiterhin ein starkes Augenmerk auf diese Region haben und das derzeitige Engagement eher verstärken als reduzieren, besonders im zivilen Bereich.

V. Empfehlungen

1. Verlängerung des Einsatzzeitraumes von ein auf zwei Jahre für die deutschen Polizisten in Liberia (UNMIL) (Beruhend auf Freiwilligkeit der Polizisten)
2. Unterstützung (finanziell und personell) der Juristenausbildung in Liberia
3. finanzielle Unterstützung der Versöhnungsarbeit der Friedensnobelpreisträgerin Leymah Gbowee
4. Intensivierung der Kontakte des Deutschen Bundestages mit dem Parlament Liberias
5. Schulung liberianischer Abgeordneter
6. Unterstützung des Zentrums CERAP in Abidjan mit 20.000 Euro (Epl. 05 oder Epl. 23)
7. Kontakt herstellen zwischen deutschen Frauenorganisationen und den Frauenorganisationen in Abidjan
8. Einladung an den UN-Sonderbeauftragten für UNOCI, Koenders, in den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
9. weitere Unterstützung der Projekte der GIZ in Liberia und Abidjan
10. finanzielle und personelle Unterstützung von Projekten im Bildungs- und Ausbildungssektor
11. weitere finanzielle Unterstützung von UNMIL und UNOCI durch die Bundesrepublik Deutschland

VI. Dank

Der Erfolg der Reise nach Liberia und Côte d'Ivoire war nur möglich aufgrund der hervorragenden, flexiblen und sehr kompetenten Betreuung bei der Planung und Durchführung durch die beteiligten deutschen Botschaften, insbesondere die Botschafter selbst, die politischen Abteilungen und das Parlaments- und Kabinettsreferat im Auswärtigen Amt. Ein Dank gilt ferner den Nichtregierungsorganisationen und den politischen Stiftungen, die sowohl in Deutschland bei der Vorbereitung als auch in Liberia und in Côte d'Ivoire bei der Durchführung der Reise einen sehr aktiven Part übernommen haben und den Abgeordneten zudem umfangreiches Hintergrundmaterial zur Verfügung gestellt haben. Ein ganz besonderer Dank gilt der Dolmetscherin, Stefanie Becker, die mit sprachlicher Brillanz und in bewundernswert ausdauernder Weise die Kommunikation zwischen der Delegation und den Gesprächspartnern vor Ort erst möglich machte.